

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.75 Mk., bei Selbstabholung 1.65 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 Mk., für 1 Monat 1.75 Mk. (Postgebühren vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 008.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Flugschriften 65 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungsbeitrag. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer steht 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue Verhaftungen in München.

Der Mohr kann gehen.

Die Räuberrepublik München ist niedergebrosen. Die weiße Garde herrscht in der bayerischen Hauptstadt. Die Führer der Erhebung sind vogelfrei. Bekanntlich ist die Meldung von ihrer Verhaftung zunächst der bekannte Nachsatz, daß sie bei einem „Mordversuch“ erschossen wurden. „Unter günstigen Umständen“, so meldet die Deutsche Allgemeine Zeitung, ist der frühere 3. ad kommandant Engelhofer erschossen worden, ebenso sein Adjutant, der aus dem Kronenhaus, in das er wegen einer Schußwunde am Fuße geschafft worden war, zur Exekution geschafft wurde. Ueber das Schicksal mehrerer der bekannteren Führer der Erhebung herrscht noch völlige Ungewißheit — ob man Lenin und Levine-Rissen unter den Toten oder den Entkommenen zu suchen hat, das ist noch völlig ungewiß. Nach einer neuesten bayerischen Meldung soll Levine in dem Keller eines Schwabinger Hauses gefangen genommen worden sein. Ob er schon den üblichen „Mordversuch“ mit späterer Erschießung gemacht hat, wird noch nicht mitgeteilt.

Es wird entschiedene Rache für die Erschießung der Geiseln genommen. 900 Verwundete und 250 Tote werden nach bayerischer Meldung, die als offiziell angesehen werden dürfen, bislang als die Opfer gezählt. Die Verteilung auf die beiden kämpfenden Parteien lautet: auf die Regierungstruppen entfielen von der furchtbaren Gesamtzahl insgesamt an Toten und Verwundeten 100 Mann!

Selbst die Organe der Rechtssozialisten, der sozialdemokratische Aktionsausschuß und die Münchener Post, fühlen die Notwendigkeit, dem Willen des weißen Schwadrons entgegenzutreten, die Widerantwortung für die Ordnungsgrenzen abzumildern. Das Blatt der Scheidemann-Fraktion rühmt die Verhaftung der Geiseln als einen „Mordversuch“ des Gegenrevolutionärs. Der sozialdemokratische Aktionsausschuß hat vom Generalkommando unverzüglich strengste Untersuchung über die Führung Engelhofers gefordert. Was wird ihm für Antwort werden?

Die Rechtssozialisten fühlen, daß dieser Sieg der Ordnung nicht ihr Sieg ist, daß diese Bluttage den Riß zwischen der Masse der Arbeiterklasse und ihrer Partei immer breiter aufreißen. Sie suchen abzumildern von den Ergebnissen der Politik der Regierung Hoffmann und Scheidemann-Roske. Es wird ihnen schwerlich gelingen.

Den bürgerlichen Parteien aber paßt dieses Verbrechen nicht. Sie wollen, daß ihre „Verwundeten“ nun mit ihnen durch die dick und dünn machenden, immer die Augen grad auf den Feind“. Wollen sie das nicht, wollen die Rechtssozialisten die Schreckensherrschaft der weißen Garde nicht in all ihren Schreckensstufen ausleben lassen, so wird ihnen das Vertrauen gelindigt. Was sie schlucken müssen, wenn ihnen weiter die Unterstützung der bürgerlichen Parteien bleiben soll, das zeigen die Forderungen, die der Aktionsausschuß der bürgerlichen Parteien — der nach ihrer Betätigung Abzugs keine antifaschistische Blockbildung bewenden soll (!) — an die Generalkommandos gestellt hat. Er fordert sofortige Entlassung der Roten Garde und aller Hülfskräfte, Verhinderung aller Propaganda in Wort und Schrift für die Diktatur einer Klasse, Befreiung der verantwortlichen Führer vor ordentlichem Gericht, Ausweisung aller politisch nicht einwandfreien Landfremden Elemente. Der Münchener Korrespondent der Deutschen Allgemeinen Zeitung meldet, daß die Forderungen schon fast völlige Erfüllung gefunden haben. Das ist glaubhaft — die Anträge des sozialdemokratischen Aktionsausschusses, daß umfassende Maßnahmen gegen die Wiederholung ähnlicher Fälle wie die Führung Engelhofers getroffen werden, daß das Tempo des Verfahrens bei der Aburteilung volle Gewähr für gerechte Urteile bieten müsse, werden sicherlich weniger genötigt Gehör bei dem Stoyer von München finden.

Trotz dieses für die bürgerlichen „befriedigenden“ Standes der Dinge sind die entscheidenden Teile des bürgerlichen Lagers schon mit der Regierung Hoffmann fertig. „Das Vertrauen auf das Ministerium Hoffmann kann leider durchaus nicht seufzend sein. Der Minister Hoffmann selbst und der Kriegsminister Schneppenborst, der ja zur Zeit glücklicherweise nicht dreinsitzen hat, aber in früheren Stadien eine zweifelhafte Stellung einnahm, wird vielfach gewünscht und erwartet und wäre eine dringende Notwendigkeit. Ein weiteres Erfordernis ist der Zusammenhalt der bürgerlichen Parteien, wie er sich in einem gemeinsamen Aktus, an dem sich die Sozialdemokratie nicht beteiligte, ausdrückt und festhalten wird. Denn auf die Wehrheitssozialdemokraten ist, wie sich jetzt zeigt, kein feher Verlaß.“ — Also heißt es in einer Münchener Korrespondenz der Leipziger neuesten Nachrichten.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Der rechtssozialistische Mohr hat die Münchener Erhebung niederschlagen helfen; nun braucht man ihn nicht mehr. Die weitere Durchführung der Gegenrevolution, die auch die Rechtssozialisten an die Hand dazusetzen soll, möchten die bürgerlichen selbst in die Hand nehmen.

So muß es kommen. An dem bayerischen Vorpiel können die Gradbrüder und Scheidemann erkennen, wie ihnen einst geblieben werden wird: Auch ihnen wird die mit ihrer Hilfe wieder erstarrte Bourgeoisie einst sagen: Der Mohr kann gehen!

Die Münchener Betriebsräte gegen die Erschießung der Geiseln.

Aus der letzten Sitzung der Münchener Betriebsräte vom 20. April, nachts, gibt ein Telegramm der Frankfurter Zeitung folgenden wichtigen Bericht:

Toller stellt mit, daß er im Kriegsministerium gewesen sei und dort einen schrecklichen Eindruck empfangen habe. Man habe dort allen zum Kampf bereiteten Soldaten täglich 20 Mark und viele Zigaretten gegeben. Die Soldaten seien durch die Methoden der Kommunisten vollkommen demoralisiert. Zwei betrunkene Soldaten

fänden die Erschießung des Grafen Arco verlangt, weshalb er diesen und den Minister Kurr habe in Sicherheit bringen lassen. Durch einen Augenblick habe er jedoch die entscheidende Nachricht von der Niederlegung der Geiseln erhalten. Angesichts dieser traurigen Zustände, sagte er, möchte man am liebsten einen Revolver nehmen und sich auf der Welt schaffen. Das sei nicht Kommunismus, sondern Pessimismus, und das hätte Lenin verstanden. Er glaube, daß die Behauptung des Kommandeurs der Regierungstruppen, daß ihm fünf der besten Offiziere durch Dum-Dum-Geschosse getötet worden seien, auf Tatsachen beruhe. Durch solche bestialischen Methoden könne kein gutes Ziel erreicht werden. Das, was die Leute im Aktionsausschuß getan hätten, wäre er als feigen Mord weit von sich. — Die Verlammtung erhob sich zur Ehre der erschossenen Geiseln von den Sitzen. Maenner erklärte, es sei undenkbar, daß man den Sozialismus mit Waffengewalt ausrotte, wie Lenin und Levine-Rissen es wollten. Der Aktionsausschuß opere das Blut des Proletariats nutzlos, wenn er nicht sofort in Verhandlungen eintrete. Die Revolution dürfe nicht durch solche Seelenverkäufer wie Levine-Rissen verdorben werden. Klingelhofer betonte, man sei berechtigt gewesen, die Waffen zu ergreifen, als die Regierung Hoffmann gegen den Geist der Räuberrepublik fremde bewaffnete Macht zu Hilfe gerufen habe. Sie hätten den Angriff nicht gewagt, sondern immer nur abgewehrt.

Einführung der Reichswehr in Bayern.

Berlin, 5. Mai. Heute nachmittag fand zwischen Reichswehrminister Roske und dem bayerischen Militärminister Schneppenborst eine Aussprache über die Bildung der Reichswehr in Bayern statt. Ueber den von dem bayerischen Militärminister vorgelegten Entwurf zu den bayerischen Ausführungsverordnungen zum Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr ist volles Einverständnis erzielt worden.

Noch immer Kämpfe.

München, 7. Mai. Am gestrigen Nachmittag wurden in verschiedenen Stadtteilen mehrere Spontankämpfe ausgebrochen, wobei es abermals Tote und Verwundete gab. Einige Gegenden Münchens sind durch Stacheldraht abgesperrt. Straßenkämpfe leben immer wieder auf. Die Meldung, daß noch weitere Geiseln angebrocht worden sind, bestärkt sich erstenscheinweise nicht. Das kommunistische Revolutionstribunal wurde verhaftet. Es ist ein Termin festgesetzt worden, bis zu dem alle Waffen, die sich in den Häusern bei Privatpersonen befinden, abgegeben sein müssen. Gestern sind neue Lebensmittellieferungen angekommen, deren Verteilung an die notleidende Bevölkerung stattfindet. Die kommunistischen Zielungen wurden verboten. Die Kavernen der kommunistischen Roten Garde wurden gesperrt. Der sozialdemokratischen Partei sind zahlreiche Beschwerden zugegangen über willkürliche Verhaftungen und übertriebene Exekutionen, welche die sofortige Einsetzung einer besonderen kommissarischen Untersuchungskommission der Regierung Hoffmann notwendig machen. Es wird ferner berichtet, daß Rote Gardisten noch am 2. Mai auf der Ehrenwiese ein Flugzeug abgeschossen, das verbrannte. In dem Bericht der Regierungstruppen über die Kämpfe in München wird hervorgehoben, daß die von den Truppen in München geleistete Arbeit besonders schwer und gefährlich gewesen sei.

München, 7. Mai. Unter den erschossenen Geiseln fanden sich auch die Münchener Minister Delle, Kaufmann und Preller von Seidlitz. Sie waren Mitglieder des sehr alten Kriegsbundes und wurden auf die Demnatation geschüssiger Schwabinger Kollegen verhaftet.

Eine vielsagende Silbliste.

Die Panerische Volkszeitung erzählt offiziell (angeblich nach einem Augenzeugen) über die Vorgänge nach der angeblichen Erschießung der Münchener Geiseln: „Die kommandierten Soldaten, denen der Befehl zur Durchführung gegeben war, wurden von mehreren Streifen erschossen, als sie aus dem Hinterhalt auf die Truppen trafen.“ — Woher mußte man so schnell, daß gerade diese Soldaten den Befehl zur „Durchführung“ erhalten hatten? Die Arbeiter dieser Meldung müssen stellen, daß die Begründung faul ist, und schon deshalb noch eine zweite Motivierung hinzu: „Stehen aus dem Hinterhalt. Man sieht: die gleichen Klagen aus schlechtem Gewissen lernen, wie damals bei Viehnachts Ernennung, dem man einen Mordversuch andichtete. Es geht doch nicht über die Tätigkeit der deutschen Offiziere. Außer ihrer Verlogenheit. Sie hätten noch etwas früher zu sein.“

Verhaftungen in München.

Berlin, 6. Mai. Der Vorkanzler meldet aus München: Der russische Anarchist Levine wurde im Keller eines Schwabinger Herrschaftshauses gefangen. Verhaftet wurden ferner Silvio S. Gsell, der frühere Volksbeauftragte für Finanzen, und sein Gehilfe Männer. Die Witwe Eisners wurde gleichfalls verhaftet, weil sie in ihrer Villa einen Teil der kommunistischen Verborgenen hielt.

Nach dem Berliner Tageblatt beläuft sich der Gesamtbestand in München auf mindestens 1/3 Milliarde Mark. Der frühere Präsident des Münchener Zentralrats Niekisch, einer der Anführer der Münchener Räuberregierung, der nach dem Umschwung der Verhältnisse nach Augsburg geflüchtet war, ist verhaftet worden. Man fand bei ihm eine Menge belastenden Materials.

Schlägt ihnen das Gewissen?

Augsburg, 6. Mai. Die in der bayerischen und außerbayerischen Presse verbreitete Nachricht über einen angeblichen Zusammenbruch des Ministerpräsidenten Hoffmann entspricht, wie dem W. Z. B. von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, in keiner Weise den Tatsachen. Ministerpräsident Hoffmann präsidiert nach wie vor den Ministerratssitzungen.

Ein Rechtfertigungsversuch der Militärpartei.

Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes weiß, wo die Schuldigen des furchtbaren Räubermordens sitzen. In den Staatsgerichtshof abzuwarten, hat es kein Art.:! über die brutalen Mordposten ohne Gewissen geübt. Wenn die Ludendorff, Tirpitz und Falkenhayn heute trotzdem volle Freiheit und Staatspension genießen und in aller Ruhe an Rechtfertigungsbüchern schreiben, so verdanken sie das den Verrätern der deutschen Revolution, die im Besitze der Regierungsmacht die großen Staatsverbrecher dulden und schützen, während die Vorkämpfer der Revolution in finsternen Kerkern schmachten.

Die bürgerliche Presse und ihr sensationstüchtiges Publikum warten mit großer Ungeduld auf das Unschuldsbekenntnis ihrer Helden. Ludendorff schreibt, Tirpitz greift zur Feder und auch Falkenhayn, der unglückliche Regisseur des monatlangen Blutbades bei Verdun will sich mit Tinte weiswaschen. Was aber bei diesen unmöglichen Rechtfertigungsversuchen herauskommen wird, können wir schon deutlich genug ersehen aus einer kleinen Schrift, die ein Mann der Obersten Heeresleitung, Oberst Bauer (Könnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen? Verlag Scherz, Berlin, 70 Seiten, Preis 2.20 Mk.) kürzlich veröffentlicht hat und die von der nationalsozialistischen Presse begünstigt gelobt und als ein Vorläufer des Ludendorffbuches bezeichnet wird.

Oberst Bauer ist in der Tat ganz Ludendorff! Die Art, wie er die drei von ihm aufgeworfenen Grundfragen beantwortet, zeigt, daß die Militaristen — wie auch gar nicht anders zu erwarten ist — nichts gelernt und nichts vergessen haben. Man erwarte nur nicht, daß diese Leute zu einer höheren Einsicht kommen! Alle historischen Tatsachen läßt niedererkennend, wiederholen sie alte Märchen, um ihr verderbliches Tun und Treiben in glänzendes Licht zu rücken.

Wie wunderbar bequem macht es sich doch Oberst Bauer! Als echter preußischer Militär geht er immer den kürzesten Weg, ganz gleich, ob's ein halbschamaler Irrweg ist. Die deutsche Kriegserklärung war nichts anderes als ein Akt der Notwehr“ und die Frage: „Wie ist der Krieg zu vermeiden?“ beantwortet der Mann mit einem glatten: „Nein, denn die Gegner suchten ihn.“ Mit diesen apodiktischen Einseitigkeiten glaubt Bauer die Ungeheuerlichkeit des bürgerlichen Ultimatums an Serbien, die übertriebene Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich — weil in dem alten Schlieffen'schen Schlachtplan der Hauptangriff gegen Frankreich vorgesehen war! —, die gewissenlose Nichtachtung des letzten Grenzlichen Vermittlungsvorschlags deutscherseits aus der Welt schaffen zu können? Die Verteidiger des alten Militarismus haben alle Ursache, diese ehernen Tatsachen zu vertuschen, denn die deutsch-österreichische Militärpartei ist der Hauptstütze neben den Kriegstreibern in Petersburg, daß die Dinge im Juli-August 1914 den verhängnisvollen Verlauf nahmen.

Wie weit die Vertuschungskünste der Militaristen gehen, beweist Oberst Bauer mit der Frage, ob wir denn überhaupt eine „kriegslustige Militärkaste“ hatten. „Wer soll denn zu ihr gehört haben? Bitte Namen nennen!“ Es fällt einem schwer, angesichts dieser naiv-dummdreisten Frage ernst zu bleiben. Aber wir wollen den gedächtnisschwachen Oberst einige Namen nennen, die ihm nicht unbekannt sein dürften. Da ist das Haupt der einstigen Militärkaste, „der weiß aber ebdenkende, gottesfürchtige Kaiser Wilhelm“, der den Dreijahrs- und die gepanzerte Faust immer wieder drohend gegen eine Welt von Feinden“ erhob, der immer wieder an den furen Teutonicus appellierte, da ist sein Sohn „Feste druff“, da ist die große Zahl seiner kriegslustigen Generale, von denen wir nur den Herrn v. Bernhardi, dessen Schriften England während des Krieges in Millionenauflagen zur Charakteristik der Militärpartei verbreiten ließ, da ist die große Zahl der Wehrvereins- und Flottenvereinsagitatoren, Generale, Admirale an der Spitze. Doch genug! Wir sind schließlich nicht dazu da, einem Mann „vom Bau“ die bekannte Standastronik des preußisch-deutschen Militarismus zu erzählen.

Aber die Vertuschungskünste Bauers treibt noch düstigeren Blüten, er begnügt sich nicht damit, aus der kriegslustigen Militärkaste ein Regierungsbild zu machen, er macht aus dem Valentini und Müller, den Leitern des Zivil- und Militärkabinetts Wilhelms II. „echte Pazifisten auf Grund ihrer vielfältigen Anschauung“. Bertha v. Suttner wird sich ob dieser Entdeckung im Grabe umdrehen.

Den Bruch der heiligen Neutralität begründet Bauer mit der bequemen strategischen Notwendigkeit. Der einzige Fehler deutscherseits war der, daß der militärische Mann

nicht genügend durch eine systematische Aktion unterstützt und die „völkerrechtliche Begründung des Einmarsches“ nicht wirksam genug verbreitet wurde. Man sieht, die Militäristen sind in Völkerrichtsfragen immer noch von derselben Skrupellosigkeit erfüllt, wie sie es einst treffend geäußert hat, nachdem sie es erst kräftig verneint, benutzen sie das Völkerrecht „immer treuehuldig zur Rechtfertigung eines Kriegsangriffs“. Aber dem deutschen Volke, dem heute dem Ausland gegenüber allein die moralische Macht zu Gebote steht, ist mit solcher kettenlosen Moralauffassung nicht gedient.

Bemerkend konnte also Deutschland den Krieg nach der Meinung der Militäristen nicht gewinnen. Gewinnen konnte es ihn auch nicht. Warum? — Weil Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht genug gerüstet hat, weil die deutsche Kriegführung noch nicht energisch genug war, der unbeschränkte U-Bootkrieg noch risikoloser und länger wirken mußte, weil die Disziplin nicht streng genug gehandhabt wurde, weil die Zensur nicht immer nach den Wünschen der Obersten Heeresleitung arbeitete, weil der innere Feind unter dem Belagerungsdruck noch so lebendig war; kurz, Deutschland verlor den Krieg, weil die militäristische Eliterei noch so unvollkommen war. „Die ungeheure militäristische Befehlswelt in der Heimat wurde überhaupt nicht ausgenutzt“, die Vera Herling war schlapp, ihre Politik war „die fauler Kompromisse und reißlosen Nachgebens“. Wäre die innere Reaktion stärker gewesen, dann konnten wir heute noch auf der kürzeren Antwerpen—Maas-Rinne Krieg führen, „wir konnten weiterkämpfen bis in den Sommer“. Welche herrliche Perspektive! Was aber dann? — Für die Militäristen ist und bleibt der Krieg ein Werberennen, ein Glücksspiel, ein Hasardspiel. Wir haben den Krieg durch eigene Schuld um eine Kasenlänge verloren.“ Die eine Kasenlänge ist das einzige Argument, das Oberst Bauer für die Fortsetzung des Krieges ins Feld führen kann. Auf eine derartige windige Spekulation, der alle realen Tatsachen entgegenstehen, wolle die „kriegslustige Militärapartei“ weiter das Schicksal des deutschen Volkes bauen! Ein Glück, daß Heer und Heimat im Herbst 1918 mit den Hasardeuren abgerechnet!

Nach alledem kann man natürlich nicht erwarten, daß der Verteidiger der Obersten Heeresleitung zu irgendeiner Zeit des Krieges einen Verständigungsfrieden für möglich hält. Er übergeht die Verhandlungsbereitschaft der Gegner schon im August 1914, dann im Frühjahr und Herbst 1915, er rechtfertigt die provozierenden Nachfriedensangebote Wilhelms II. damit, daß die Eroberer drüber ja noch mehr forderten. Mit solcher Bodelsicherung läßt sich freilich jedes Verbrechen rechtfertigen!

Diese erste Verteidigungsschrift der Militärapartei läßt schon auf den Inhalt der folgenden schließen. Lubendorff wird das Eldorado aufnehmen und weiter anwenden, das der Oberst Bauer ihm in den Mund gelegt hat: „Lubendorff ist schuldig, aber nicht, weil er zu viel gewollt und einge-griffen hat, sondern zu wenig. Er hätte nötigenfalls unter Opferung seiner Person das Ultimatum stellen müssen, daß im Innern rechtzeitig Ordnung geschaffen wurde.“ Das heißt, die Konturrevolution hätte sofort einsetzen müssen. Zu diesem Schluß kam die Reaktion im November 1918 nicht stark genug. Es mußten erst die Scheidemann, Ebert, Dautsberg, Weste an die Spitze kommen, um den reaktionären Ordnungshütern das blutige Handwerk zu ermbilligen. Unter diesem Regime können die Schuldigen des Weltkrieges läßt das Haupt erheben, und der Staatsgerichtshof dieser Regierung wird ihnen nicht wehe tun. Aber das Proletariat wird noch einmal abrechnen sowohl mit den Anführern und Führern des Weltbrandes wie mit den seligen Verrätern der Revolution.

Späte Erkenntnis.

Der Friedensauschuß der Nationalversammlung hat sich mit den östlichen Angelegenheiten befaßt und namentlich die Vorgänge in Liban und das Verhältnis zu Rußland in den Kreis der Betrachtungen gezogen. Der größt-wahrscheinlichen Politik der reaktionären Offiziere und ihres Koske folgt der Kagenjammer auf dem Fuße. Zwar hat Koske immer noch versucht, den General von der Goltz zu deden, aber das Auswärtige Amt ließ ganz unverkennbar sein höchstes Bedauern über die Vorgänge in Lettland aussprechen.

Jetzt, wo das ganze Gebäude der bisherigen Politik der Nationalversammlungsregierung zusammenzubrechen droht, wo es sich nicht länger verbergen läßt, daß diese Regierung das Volk noch mehr in den Abgrund gestürzt hat, unternehmen Regierung und bürgerliche Parteien krampfhaft Versuche, wenigstens die schlimmsten Fehler ihrer bisherigen Außenpolitik zu beseitigen. Sie rufen jetzt nach der Freundschaft Rußlands, nachdem sie bisher gegenüber allen Versuchen der Sowjetregierung nach einer Verständigung sich taub gestellt haben. Tschitscherin hat kürzlich in einer öffentlichen Kundgebung die bisherige Haltung der deutschen Regierung und ihre Taten in den besetzten Gebieten jenseits der östlichen Reichsgrenze gekennzeichnet. Jetzt streben die, die in diesen Gebieten die Reaktion unterstützten, die die Werbungen für eine antibolschewistische Armee unter den russischen Gefangenen in Deutschland zuließen, die die russischen Gefangenen immer noch zurückschickten und unter ihnen Weheleien veranstalten lassen, wenn die Russen nach Hause verlangen, Rußland die Bruderhand hin.

Deutschland muß Frieden mit Rußland schließen. Es muß enge und freundschaftliche politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Rußland aufnehmen. Aber ein wirklich herzliches Verhältnis zu Rußland setzt voraus, daß die inneren Verhältnisse Deutschlands im Einklang stehen mit den inneren Verhältnissen Rußlands. Niemals wird ein aufrichtiges und freundschaftliches Verhältnis möglich sein zwischen einem Land, in dem die Gegenrevolution der Militärs und des Kapitals dominieren, und einem Land, das unter der Herrschaft des Proletariats steht. Eine kapitalistische Regierung, wie die Regierung Scheidemann-Erzberger, kann Frieden schließen mit Rußland, nornehmlich weil sie muß, aber sie wird niemals das Verhältnis zu Rußland so gestalten, wie es das deutsche Klassenbewußte Proletariat, wie es die internationale Lage Deutschlands als Notwendigkeit erfordert. Die empörende Tatsache, daß die kompromittierten Gestalten des alten Regimes die Leitung der deutschen Außenpolitik nach der Revolution in der Hand behalten haben und daß sie und ihre Politik mitschuldig sind an der schlechten Gestaltung der internationalen Lage Deutschlands, die jetzt in Versailles zum Ausdruck kommt, darf nicht ihr Gegenstück darin finden, daß dieselben Leute

nun die Verständigung mit Rußland als eine halbe und unbefriedigende Maßregel vorkleben.

Die Scheidemann, Erzberger und Koske sind Rußland gegenüber noch mehr kompromittiert als der Entente gegenüber, von den bürgerlichen Parteien, die jetzt nach der Verständigung mit Rußland rufen, ganz zu schweigen. Ihre Beseitigung, die völlige Umgestaltung der inneren Verhältnisse Deutschlands in sozialistischem Sinne ist die erste Voraussetzung einer wirklichen Verständigung mit Rußland, die nur angebahnt werden kann durch eine Regierung der Arbeiterkräfte.

Eine kapitalistische Regierung kann ihre Außenpolitik grundsätzlich nicht ändern. Sie kann ihre Richtung umändern, aber niemals ihren Charakter. Ihre Außenpolitik wird immer eine kapitalistische bleiben. Innere und äußere Politik stehen in enger Beziehung. Die grundsätzliche Tendenz der einen leitet die gleichzeitige grundsätzliche Aenderung der andern voraus. Die Regierung Scheidemann-Erzberger kann niemals eine sozialistische Außenpolitik treiben. Wenn sie jetzt erkennt, daß die Verständigung mit Rußland suchen muß, so bedeutet das ein Risiko ihrer gesamten bisherigen äußeren und inneren Politik.

Die Konsequenz aus der späten Erkenntnis dieser Notwendigkeit ist, daß die Scheidemann-Erzberger zu verschwinden haben und mit ihnen die Herrschaftsorganisationen der Bourgeoisie — Parlamente, Bureaucratie, Militarismus — um der Herrschaft des Proletariats Platz zu machen.

Die Sitzung des Friedensauschusses.

Berlin, 6. Mai. In der gestrigen Sitzung des Friedensauschusses im Reichsministerium verlas Präsident Fehrenbach Telegramme, in denen Mitglieder der Nationalversammlung gegen die Verlegung der Versammlung nach Berlin Verwahrung einlegten. Ministerpräsident Scheidemann hob hervor, daß die Anfrage an die Militärs, wann die Uebergabe der Bedingungen stattfinden sollte, ergegangen sei, weil die Reichsminister dringend in Berlin beibehalten wolle. Auf eine Anfrage stellte Reichsminister Erzberger fest, daß die Regierung einwilligen seinen Grund habe, an der irdischen Erklärung von französischer und polnischer Seite, daß Angriffsabsichten der Polen nicht beständen, zu zweifeln.

Dem Abg. Traub antwortete Reichsminister Erzberger, daß auch die für die Durchführung der Kriegsgefangenen notwendigen technischen Vorbereitungen getroffen seien.

Reichswehrminister Koske schilderte dann die Lage in Lettland. Die Reichsregierung hat beim Einmarsch des Russenstandes ausdrücklich ihr Desinteresse an den Gebieten jenseits der östlichen Reichsgrenze erklärt. Der Minister teilte mit, daß der Befehl des Generals von der Goltz, der darauf hinwies, daß kampflos in Lettland stehenden Truppen, auch die lettischen und baltischen, ihn unterwerfen zu lassen, erst nach dem Zutritt gegen die lettische Regierung erfolgt sei und beschließt, daß derartige Vorwände zu verhindern. Sogar die alte wie die neue Regierung und ebenso die lettischen Sozialdemokraten hätten an den General das ausdrückliche Versprechen gegeben, die deutschen Truppen nicht anzuhalten, da sonst die erforderliche Sicherheit gegen räuberische Verbände nicht gegeben sei. Selbstverständlich herrsche im Kabinett völlige Uebereinstimmung darüber, daß so bald wie irgend möglich der letzte deutsche Soldat über die Reichsgrenze zurückgenommen werden müsse.

Abg. Gohs-Rordhausen drängte darauf, daß unverzüglich, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen, die deutschen Truppen über die Landesgrenze zurückgenommen werden müßten.

Berlin, 6. Mai. In der heutigen Sitzung des Friedensauschusses betonten die Redner aller Parteien die Notwendigkeit, mit der russischen Regierung an einer Verständigung zu gelangen.

Reichsminister Erzberger verwies darauf, daß das Kabinett ebenfalls auf dem Standpunkt stehe, daß es mit Rußland zu einer Verständigung kommen müsse. Die notwendigen Schritte würden unternommen werden. Reichsminister Erzberger teilte ferner mit, daß der Gouverneur von der Goltz auf dem Wege nach Berlin sei, um der Regierung Bericht über die Vorgänge in Lettland zu erstatten. Die Regierung habe beschlossen, Verbindungen für die baltische Landeswehr in Deutschland nicht mehr zu gestatten. Unterstaatssekretär Frhr. Langemann von Simmern wies darauf hin, daß das Auswärtige Amt die Vorfälle in Liban in höchstem Maße bedauere habe. Ein Vertreter sei sofort dorthin geschickt worden, um eine Untersuchung, die noch nicht abgeschlossen sei, zu führen.

Der Zusammenbruch der deutschen Ostpolitik.

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Sitzung des Friedensauschusses brachte einen völligen Zusammenbruch der bisher von der Regierung betriebenen Ostpolitik. Während Koske noch versichern bestreben hatte, daß die Verschönerung der baltischen Junker mit Hilfe des deutschen Oberbefehlshabers in Lettland vor sich gegangen sei, erklärte gestern sogar der Reichsminister Erzberger, daß die baltische Landeswehr in Lettland in höchstem Maße bedauert habe. Ein Vertreter sei sofort dorthin geschickt worden, um eine Untersuchung, die noch nicht abgeschlossen sei, zu führen.

Der völlige Zusammenbruch der Ostpolitik der Regierung, bei dem völlig zurückzugehen wurde, was Koske und die Regierung noch vor wenigen Tagen gesagt und verstanden haben, ist in der ganzen Vorkriegszeit, die sich lediglich auf den Abdruck des amtlichen Berichtes beschränkt, kommunistisch wiedergegeben worden.

Zur Lage in Lettland.

Die provisorische lettische Regierung läßt durch ihr Stocholmer Informationsbureau in schwedischen Blättern erklären: Die Anführer des libaner Staatsstreiches, deutsch-baltische Barone und Reaktionsäre, führen die Welt über Berlin weiter mit falschen Nachrichten über die lettische Lage usw. Die Regierung wird gegen den Willen der lettischen Volkstrates und der politischen Parteien zusammengezwungen. In ihr ist nur eine einzige bekannte lettische Persönlichkeit, nämlich Pastor Reddre, dessen Eintritt man aber hart bezweifeln muß. Die übrigen sogenannten Letten sind nur Stroh-männer der Barone und der Okkupationsmacht. In Lettland wird das angeblich führende lettische Organ Latweschu Wolles als deutsches Propagandablatt herausgegeben und von einem reaktionären deutschen Pastor redigiert. Obwohl das lettische Volk trotz Erbitterung in Erwartung eines Ententebruchs Ruhe hält, könne doch an der Front eine Katastrophe eintreten.

Von der Friedenskonferenz.

Vor der Ueberreichung des Vertrags.

Paris, 6. Mai. (Davaa, Antich.) Wilson, Lloyd George und Clemenceau verhandelten seit am Montagmorgen, um 10 Uhr über die im Erlanzen-Café zu den Sitzungen der Konferenz getroffenen Verfügungen Redenshaft abzulassen. Zu der Mittwochsitzung, in der der Präliminarvertragsentwurf der deutschen Delegation überreicht wird, werden zugelassen die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Dominions, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Brasilien, Griechenland, Portugal, Rumänien, Serbien und der sozialistische Republik. Die Bevollmächtigten werden von je einem Sekretär für jede der Mächte begleitet sein. Es wurde gleichfalls beschlossen, daß die Vertrag-

er Drafte zugelassen werden in einer Gesamtheit von 20 für die Großmächte und die Dominions und 10 für die Mächte mit besond- deren Interessen. Die deutsche Delegation wird durch sechs Bevoll-mächtigten, begleitet von Sekretären, und fünf Berichtungs-korresponden- ten vertreten sein.

Verhandlungen oder nicht?

Berlin, 6. Mai. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Ein Berliner Mittagsblatt bringt die Nachricht, daß in jedem einzelnen Falle der Friedensverhandlungen, wo es sich als notwendig heraus- stellen sollte, genau formulierte Gegenansprüche unter- breitet werden, die das Abstrahieren für Deutschland nötigen An- gesichtsstände enthalten. Ob die Nachricht in dieser Form zutrifft, muß dahingestellt bleiben. Andererseits legt die große Anzahl von Sach- verständigen, die in Paris weilen und zu denen in den letzten Tagen noch weitere Herren hinzugezogen worden sind, die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die deutsche Delegation nach den Nachrichten, die sie aus der leitenden Presse über die Friedensverhandlungen schöpft, gewisse Gegenansprüche anarbeiten, um sie den generellen Vorarbeiten ent- gegenzusetzen. Einzelne englische Professoren lassen erkennen, daß Verhandlungen auf gegenseitiger Seite nicht für unwahr- scheinlich gehalten werden. Ebenso liegen sonstige Anzeichen vor, daß auf deutscher Seite der Eintritt in Verhandlungen erwartet wird.

Die nordchleswigsche Frage.

Kopenhagen, 6. Mai. Der dänische Landesverteidigungsminister sprach sich gestern in einer Vermittlung über die nordchles- wigsche Frage dahin aus: Das dänische Volk bezieht sich auf die Verberung, auf die gleich nach 1864 die Dänen nördlich und südlich der Abnauung sich geeinigt haben. Wir wünschen das Selbstbestim- mungsrecht der Völker, das nun sowohl vom Sieger wie vom Be- zogenen verkündet wird. Unsere Wünsche gehen dahin, daß die Grenze des Reichs nach dem Willen der Bevölkerung gezogen wird. Wir wünschen, alle Gebiete, deren Bevölkerung ernstlich dänisch denkt und fühlt, mit Dänemark vereinigt, aber nicht mehr. Wir wollen keine Bevölkerung dadurch anlocken, daß wir ihr aussergewöhnliche Vorteile in Aussicht stellen. Wir legen darauf keinen Wert, daß Leute, deren Herzen in Deutschland bleiben, dänisch stimmen. Die, welche sich und nicht national anfühlen, müssen da bleiben, wo sie hingehören.

Die Zugeständnisse an Italien.

Amsterdam, 6. Mai. Der Daily Mail zufolge wird in London erwartet, daß Italien das Mandat über Jona und, wenn möglich, auch nach über einen andern Punkt an der balkanischen Küste erhalten soll.

Schließung der Besessungen von Paris.

Paris, 6. Mai. (Davaa.) Um 10 Uhr morgens wurde der erste Spontentisch zur Schließung der Besessungen von Paris getan.

Unabhängigkeit Finnlands.

Amsterdam, 6. Mai. Klommen Danneblad meldet aus Paris, daß die Friedenskonferenz die Unabhängigkeit Finnlands unter gewissen Bedingungen, u. a. mit einem Vorbehalt betreffs der finanziellen Verpflichtungen Rußlands, anerkannt habe.

Schantung Jäli an China zurück.

Paris, 6. Mai. (Davaa.) Baron Mathis erklärte in einer Unterredung, Japan habe die Pflicht, die schantung Schantung China mit allen Hoheitsrechten zurückzugeben, es wolle aber die wirtschaft- lichen Vorteile für sich behalten, die Deutschland zugestanden waren, sowie das Recht, sich auf dem schantungischen Gebiet in Sinsuan einzunischen. Was die Eisenbahnen betrifft, erklärte Ma- this, daß die Benutzung der Eisenbahnen nur für die Schantung des Verkehrs in Frage kommen, sie sollten zu keinem andern Zweck verwendet werden. Die betreffende Kommission werde aus chine- sischen und japanischen Vertretern, japanischerseits: die von Japan durch die schantungische Regierung ernannt.

Rückkehr der italienischen Delegierten.

Paris, 6. Mai. (Mentor.) Die Besatzungsdelegation der italienischen Bevollmächtigten überreicht worden.

Berlin, 6. Mai. Der Reichstag erhält aus Chiossa die Meldung, daß der Beschluß zur Rückkehr von Liban nach Paris in einer Audienz der Minister beim König gefaßt wurde.

Verfallend, 6. Mai. Die Festsetzung des Mittwochs für die Ueberreichung der Friedensbedingungen ist für die meisten Pariser Blätter eine Ueberraschung, die sich wiederum aus der ebenso überraschenden angekündigten Rückkehr Letlands und Sowjett's er- klärt, die plötzlich und ohne noch eine neue Aufforderung von Paris an sie ergangen war, mitteln lassen, daß sie Mittwoch früh wieder in Paris eintreffen werden. Davaa und Reuter werden Mittwoch- abend den amtlichen Auszug aus dem Friedensvertrag, wie ihn das Redaktionskomitee zusammengestellt hat, an die ganze Ententepresse und die neutralen Blätter versenden. Daraus wird er wohl auch in Deutschland bekannt werden, und zwar fast mit Bestimmtheit eher als der amtliche Bericht. Aus den Kreisen der deutschen Delegation ist ein umfangreiches Redaktionskomitee gebildet worden.

Die Politik des Kurassierstiefels.

Koskesche Außenpolitik.

Die Zeitung der deutschen Außenpolitik scheint wieder vor der Revolution völlig in den Händen einer Offizierskamarilla zu liegen. Der Unterdruck ist nur der, daß diesmal kein Lubendorff an der Spitze steht, sondern Koske, der diese Clique wirtschaftlich führt und ihrem Willen und ihr Treiben in jeder Hinsicht überdient. Er hat dem exzentrischen General von der Goltz, dem Schlichter der finnischen Revolution, freie Hand gelassen bei seiner reaktionären Politik im Baltikum, er hat zugelassen, wie der Soldatentrat in Liban besetzt wurde, damit die baltischen Junker mit Hilfe der deutschen Offiziere den reaktionären Staatsstreich durchführen konnten. Auf die Angriffe hin, die diese Politik der reaktionären Offiziersklique in der unabhängigen Presse, ja sogar im Vorwärts erfährt, hat Koske offenbar die Tatsache aus der Welt zu schieben versucht, daß der Staats- streich in Liban das Werk des Generals von der Goltz und seiner Of- ziere war. Dasselbe brutal-verlogene Politik, die das alte Regime im Baltikum geführt hat, wird von Koske fortgesetzt.

Die deutsche Regierung hat durch diese Politik eine internationale Kompikation hervorgerufen, die durchaus ernst ist. Die englische Re- gierung hat den Staatsstreich in Liban nun im Auge genommen, der Regierung der Koske und Genossen eine schallende Ohrfeige zu versetzen.

Am Ausfrage der britischen Regierung erfuhr der en- glische Vertreter in Spa am 24. April die deutsche Regierung um die sofortige Wiederherstellung der Lage in Liban, wie sie vor dem Staatsstreich bestanden habe, welcher Militärlich von den Deutschen ausgeführt worden sei. Die lettische Regierung sollte vollständig wiederhergestellt und ihre getatete werden, in jeder Weise ihre Willkür als regierende Staatsmacht zu erfüllen, einschließ- lich voller Freiheit in bezug auf Einstellung lettischer Truppen. Deutscherseits wurde auf diese angeblich „durch nichts begründete“ Anschuldigung folgende Erwiderung:

„Die deutsche Regierung erklärt auf die Note der englischen Re- gierung über die Vorgänge in Liban, daß sie sich in die innerpolitischen Verhältnisse von Lettland nicht einmischen, aber auch ein Recht einer anderen Regierung auf Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Lettlands nicht anerkennen kann. Gegenüber den Behauptungen der englischen Note stellt jedoch die deutsche Regie- rung fest, daß deutsche Truppen und Behörden kein Staatstreich gegen die lettische Regierung ausgeführt haben und an einem solchen sich auch nicht beteiligen. Der in Liban vor- gegangenen Regierungswechsel ist nach den bisherigen Ergebnissen der all- fähigsten Untersuchung das Werk der einheimischen Bevölkerung.“

Roske und die gegenrevolutionären Offizierskreise suchen nach neuen Mitteln zu greifen, wie sie in der Zeit von Krieger-Blut in Deutschland üblich war. Eine solche Politik muß internationale Konflikte heraufbeschwören. In der schlimmsten Weise wird um der Interessen der reaktionären baltischen Junker willen nicht nur die einheimische Bevölkerung Lettlands, sondern auch die Entente provoziert.

Roskes Außenpolitik entspricht seiner inneren: brutal-reaktionär und verlogen wie jene Politik des alten Regimes, die man als Politik des Kastrationskriegs bezeichnete.

Neuer Erfolg Roskes.

Provokation von Roskekruppen in Halberstadt.

Halberstadt, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Roske hat einen neuen Erfolg davongetragen. In Halberstadt sind am 5. Mai Teile des Landwehrkorps eingedrückt. Der Befehl dazu ist von Roske ausgegangen, angeblich, um die Ruhe und Ordnung in Halberstadt herzustellen und die Bürgerwehr auszulösen. Jedermann in Halberstadt war von diesem unermesslichen Truppenmarsch völlig überrascht, da in Halberstadt bisher alles ruhig war. Nicht weit von Halberstadt verläuft unter der Herrschaft der gegenrevolutionären Soldateska. Sofort nach dem Einmarsch der Truppen begannen Schieberellen der Roskekruppen, eine ganze Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen und die Verhafteten mit über den Kopf erhobenen Händen nach dem Gefängnis abgeführt, wo ein Teil von ihnen mit Knütteln geschlagen wurden, Handgranaten wurden von den Roskekruppen gegen die Bevölkerung geworfen.

Ueber diese Willen der Roskekruppen ist die gesamte Bevölkerung aufgebracht. Am 6. Mai haben die Vertreter der Arbeiter und der Arbeiterparteien eine Kundgebung abgehalten. Eine Einigung des Proletariats gegen die Roskekruppen ist im Auge. Selbst der rechtssozialistische Parteisekretär in Halberstadt, der die erregte Menge beruhigen wollte, wurde von den Roskekruppen mit Geschossen bedroht. Die Reaktion der Roskekruppen in Halberstadt ist so offenbar und so empörend, daß selbst der Berliner Volksanwähler diesen Einmarsch in Halberstadt als äußerst unzulässig bezeichnet.

Nach dem Erfolg Roskes in Jena ist nun der Erfolg Roskes in Halberstadt gekommen. Dem deutschen Proletariat gehen immer mehr die Augen auf, und die Einigung des Proletariats auf revolutionärer Grundlage bahnt sich überall dort an, wo die Arbeiter das wahre Wesen der Roskepolitik durch den Augenschein selbst kennen lernen.

Gera gegen die Roskekruppen.

Einigung des Proletariats in Gera.

Auf Befehl des Generalkommandos des 11. Armeekorps sollen die thüringischen Städte Weimar, Jena und Gera mit Reichswehrtruppen, also mit Roskekruppen, besetzt werden. Der Arbeiterschiff Gera hat sich über diese Nachricht die größte Erregung bemächtigt. Die Arbeiter Groß-Gera sind entschlossen, sofort in eine Abwehraktion gegen die Einquartierung dieser Elemente einzutreten, um eine Störung der Ruhe und Ordnung in Gera durch die Roskekruppen nicht eintreten zu lassen. In einer Besprechung der Betriebsvertrauensleute wurde ein Aktionsausschuß eingesetzt, dem alle drei sozialistischen Parteien angehören. Dieser Aktionsausschuß hat am Montag, dem 5. Mai, abends, drei Massenversammlungen veranstaltet, in denen die Arbeiterschiff gegen den Einmarsch von Roskekruppen protestierte. Er hat ferner folgende Erklärung veröffentlicht:

Erklärung.

Die Gefahr der Besetzung Geras mit Roskekruppen hat die revolutionäre sozialistische Arbeiterschaft vereinigt. Als Einigungsprogramm sind von allen Beteiligten die Jenaer Einigungspläne angenommen worden. Zur Leitung des politischen Kampfes ist von den Betriebsvertrauensleuten ein Aktionsausschuß gebildet. Dieser ist in seinen Beschlüssen und seiner Tätigkeit selbständig und ordnet sich keiner politischen Partei unter. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird aufgefordert, nur den Anweisungen des Aktionsausschusses zu folgen und sich sonst jeder politischen Aktion zu enthalten. Die Betriebsvertrauensleute werden aufgefordert, im Sinne der Jenaer Einigungspläne in den Betrieben und innerhalb ihrer Parteien zu wirken. Der Aktionsausschuß:

Für den Fall, daß die Roskekruppen wirklich nach Gera kommen, wird die Arbeiterschaft in den Generalstreik eintreten.

Die russische Regierung hat erklärt, daß sie alles tun werde, um diesen ungeheuerlichen Gewaltstreik gegen das im tiefsten Frieden liegende Thüringen zu verhindern. Auf die Einwirkung der Regierung hin hat der Leiter des Verbundbüros für die Roskekruppen in Gera sein Verbundbüro geschlossen. Die Regierung veröffentlicht im Einverständnis mit der Arbeiterschaft und dem Bürgerturn folgende Erklärung:

An die Bevölkerung des Volksstaates Reich.

Wegen der beschleunigten Besetzung von Truppen des Landwehrkorps nach Gera hat die gesamte Arbeiterschaft von Gera und Umgebung beschlossen, in den Generalstreik einzutreten, wenn die Reichsregierung diese Absicht durchzuführen versuchen würde.

Die Landesregierung ist sofort mit den maßgeblichen Reichsstellen in Verbindung getreten, um die Besetzung von Reichstruppen nach Gera zu verhindern. Eine von Vertretern der Landesregierung, des Landrats, des Aktionsausschusses, des Bürgerrates, des Arbeiterverbandes und der Presse stattgefundene Besprechung betraf die Erweiterung aus, daß es gelingen möge, die Besetzung von Reichstruppen zu verhindern. Sollte sich das aber nicht verhindern lassen, wird die gesamte Bevölkerung dringend ersucht, bei Ausbruch des Generalstreiks auf Ruhe und Ordnung zu achten und nicht in den Generalstreik einzutreten, zumal die Vertreter des Aktionsausschusses erklären, daß die Betriebe der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, sowie der lebenswichtigen Betriebe vom Generalstreik nicht betroffen werden sollen. Die Landesregierung wird im Verein mit den baltischen Behörden und dem Aktionsausschuß beauftragt sein, die Bevölkerung vor Not und Elend zu schützen und für Ruhe und Ordnung einzutreten.

Gera, den 5. Mai 1919.

- Die Landesregierung.
- Der Stadtrat zu Gera.
- Der Aktionsausschuß.
- Der Bürgerrat.
- Der Arbeiterverband für Gera und Umgegend.

Ganz wie unter Wilhelm II.!

Regierung und Generalität.

In Gera in Thüringen herrscht noch immer der verabschiedete Belagerungsstand. Das Militär beherrscht das ganze weite Feld der öffentlichen Gewalt allein. Da kommt es auf eine Vergewaltigung mehr oder weniger nicht an. Unter dem Namen Vorwärts, die Volkstimme für Marx und Bauerland, wurde kurzzeitig verboten. Der Geschäftsführer und der leitende Redakteur, Genosse Stronitz, wurden nach Dornum zum Reichskommissar Severing, der beiden Gewissen die Zusicherung gab, daß das Militär weiterziehen dürfte. Als diese jedoch den von

Severing erhaltenen Befehl dem Kommandierenden General mitteilten, wurde ihnen eröffnet, falls die Volkstimme trotz seines Verfalls erscheinen, würden Geschäftsführer und Redakteur verhaftet.

Was kümmert den Herrn General auch die Anordnung eines künftigen Reichskommissars. Unter dem Belagerungsstand hat er allein zu regieren.

Dem Reichskommissar Severing, dem die Antwort des Generals mitgeteilt wurde, scheint diese Selbstherrlichkeit doch ein wenig über die Dultschnur zu gehen. Er gab der Redaktion und der Geschäftsführung den Befehl, sie sollten es darauf ankommen lassen; das Wort sollte weitererscheinen. Ueber wolle er von seinem Posten zurücktreten, als hier nachschauen. Severing will sich auch an die Regierung und direkt an Roske wenden. Wird sich nun ein Krieg zwischen den Kämpfern der Militär- und Volkspartei abspielen? Auf den Ausgang derselben einigermassen gespannt sein.

Selbstverständlich wird die Generalität versuchen, der Regierung vorzumischen, daß ein Eingreifen der Zivilmacht auf einer ganzen Reihe von Gründen nicht gebührend werden darf. Gespannt darf man jedoch sein, wie weit sich die Regierung von diesen Notwendigkeiten überlassen läßt. Wird die Generalität auch ganz wie unter Wilhelm II. handeln?

Rußlands Kämpfe.

Eine Sensationsnachricht.

Amsterdam, 6. Mai. Dem Telegramm zufolge soll nach einem noch nicht näher bestätigten Drahtlosen Bericht Petersburg von finnischen Truppen erobert worden sein.

Die angebliche Einnahme Petersburgs wird wieder einmal von der kapitalistischen Presse gemeldet, die den Bolschewismus durch Lügen täten will, obgleich die Lage der Gegenrevolutionäre dort nichts weniger als günstig ist.

Der Kampf um Wilna.

Nach Meldungen aus Nowo rücken die Bolschewiki erneut mit starken Kräften auf Wilna vor. In unmittelbarer Nähe von Wilna ist es bereits zu Kämpfen gekommen. Die Stadt wird von feindlichen Granaten erreicht. Die Polen haben mehrere angelegene militärische Anlagen zerstört und halten zahlreiche Hausdurchsuchungen ab, wobei sie häufig Geld und Wertgegenstände mit Gewalt wegnehmen.

Der Bolschewist der Sowjetregierung Joffe geißelt.

Zürich, 7. Mai. Nach Meldungen aus Paris wurde bei der Einnahme von Wilna durch die Polen der frühere Bolschewist der Sowjetregierung in Berlin, Joffe, geißelt. Er ist vermutlich einem großen Brande zum Opfer gefallen, der in Wilna in den Tagen vom 19. bis 21. April stattfand.

Die Lage in Archangelsk.

Amsterdam, 6. Mai. Die Times melden aus Archangelsk: Die kritische Zeit für die Alliierten ist jetzt vorbei. Der Hafen ist so gut wie eisfrei. Ein britischer Monitor konnte bereits die Dvina hinauffahren. Es werden Verstärkungen erwartet.

Eine ernste Warnung.

Unter dieser Ueberschrift wird in der Wiener Arbeiterzeitung die folgende am 30. April beschlossene Erklärung des Vollzugsausschusses der Arbeiterräte Deutschösterreichs veröffentlicht:

„Mit Entschlossenheit und Disziplin haben die Arbeiterorganisationen Deutschösterreichs immer wieder dahin gewirkt, daß die revolutionären Umwälzungen, die der Krieg notwendig zur Folge haben muß, auf dem Wege der Verhandlungen durch gesetzliche Festlegung der neuen Formen erfolge. Wir warnen aber die bürgerlichen Parteien davor, diese Selbstherrlichkeit des Proletariats falsch zu deuten. Es ist in ihm die unerbittliche Entschlossenheit, den Schritt zum Sozialismus, den die Niederlage des österrösterreichischen und deutschen Imperialismus möglich gemacht hat, auch tatsächlich zu machen. Daran kann die Arbeiterklasse durch irgendwelche Zufälle der Kritik nicht gehindert werden. Daß in den Ausschüssen der Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, kann nichts an der Tatsache der realen Machtverhältnisse im Staate ändern. Das Proletariat stellt sich als die entscheidende Klasse im Staate und ist entschlossen, den ihr gebührenden Einfluß unter allen Umständen in Anspruch zu nehmen und sich nicht von den paar Vertretern des österreichischen Kapitalismus in der Nationalversammlung seiner Rechte berauben zu lassen.“

Das Proletariat bewahrt seine Ruhe in der Ueberzeugung, daß es ernst werden soll mit der Sozialisierung, und es ist entschlossen, für diese Sozialisierung den Kampf mit aller Energie aufzunehmen. Die Regierungsvorlage, die wesentlich auch unter dem Einfluß des Ausbeuterturn zustandekommen ist, stellt das Minimum dar, das zu fordern ist, und wurde überhaupt nur akzeptiert, als der erste Schritt auf dem Wege der sozialen Umwälzung, der notwendig kommen muß. Wir warnen daher die bürgerlichen Parteien vor dem verbrecherischen Plane, die Regierungsvorlage über die Sozialisierung in irgendeiner Weise im Sinne der Profitgier des Kapitals zu verändern oder auch nur die Verhandlungen zu verschleppen. Insbesondere wird die Entscheidung über die Entlassung und darüber Klarheit verschaffen, ob wir von dieser Nationalversammlung erhoffen dürfen, daß sie den Ernst der Zeit versteht und die unerbittliche Entschlossenheit des Proletariats zu erkennen vermag.“

Für den Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutschösterreichs: Alois Bauer. Friedrich Adler.“

Ungarns Verzweiflungskampf.

Die militärische Lage.

Budapest, 5. Mai. (Privattelegramm.) Das ungarische Telegraphen-Bureau meldet am 5. Mai der Zeit und bei Solno keine Geplänkel. Aus der Richtung von Mikole sind die Truppen im langsamen Vordringen nach Süden. Unsere eigenen Truppen haben ihre Stellungen in der Linie von Emod bezogen. Wärsch Solno rücken sich unsere Truppen in ihren neuen Stellungen ein. Kommando der Charone.

Suversicht in Budapest.

Budapest, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Verlauf der jüngsten Sitzung des Budapest Arbeiter- und Soldatenrates und die in ihr gefasste revolutionäre Entscheidung hat die an der Front kämpfenden Truppen mit einem neuen Geiste durchdrungen. Mit dem proletarischen Genuß sind sie unter dem frischen Eindruck der Budapest Nachrichten zum Gegenangriff übergegangen. Sie haben in unerschütterlichen Vorkämpfen mehr als 30 Kilometer zurückgelegt, die Stadt Solno in heftigen Straßenkämpfen zurückerobert und die Reste der feindlichen Truppen über die Theiß zurückgeworfen. Jenseits der Theiß haben wir unsere gleichmächtigen Proletariertruppen neue Kampfstellungen besetzt. Es wurden fünf Geschütze und eine Anzahl Panzerabwehrer sowie eine beträchtliche Anzahl Gefangener erbeutet. In der Hauptstadt, wo die jüngsten Frontberichte mit Begeisterung aufgenommen wurden, werden die Rüstungsarbeiten eifrig betrieben. Ein Detailtrupp nach dem andern wird aus den Arbeitern gebildet, bewaffnet und marschbereit gemacht, so daß den Einrückungen schon in den nächsten Tagen sehr unangenehme Ueberraschungen zu erwarten sind.

Deutschland.

Dauernde militärische Besetzung von Halle.

Halle a. S., 6. Mai. Wie W. T. B. erzählt, erhält die Stadt Halle die 7., 8. und 9. Kompanie der Landwehrlager mit Artillerie- und Kanalerieabteilungen als ständige Garnison. Heute sind die 8. und 9. Kompanie in Halle ein, während die 7. Kompanie, die sich zurzeit noch in Dilsdorf befindet, in einigen Tagen hier einrücken wird.

Wegfall der Parlamentarier. Infolge der beschleunigten Einberufung der Nationalversammlung nach Berlin und wegen der großen Kohlennot fallen die Parlamentarier Berlin-Weimar sowie die Anstaltsparlamentarier Weimar-Rassel am Mittwoch, 7. Mai, bis auf weiteres weg. Für die Verbindung nach und von Weimar bleiben die Frankfurter Tagesblätter und die Reichsblätter mit Schlußworten Berlin-Erfurt bestehen.

Die abwachsende Nationalversammlung. In der bürgerlichen Presse findet ein kleines Mädelchen über die Zeit und Ort der nächsten Einberufung der Nationalversammlung statt. Da der Friedensausbruch mit der Regierung nicht abzuwarten ist, die meisten der besten Verbände mit der Friedensdelegation in Verfall geraten nicht verlassen kann, da aber auch die Revolutionen mit den Mitteln des Ausschusses ständig in Verbindung bleiben sollen, so ist eine Tagung der Nationalversammlung in Weimar unzulässig. In Berlin aber soll das Obdach für das hohe Haus. Das Reichstagsgebäude, die eigentlich geeignete Stätte, ist durch die lange militärische Einquartierung in einen Zustand versetzt, daß ihn erst eine längere Instandsetzung wieder für parlamentarische Tagungen benutzbar machen muß. So ist man denn auf der Suche nach einem andern Obdach. Nach der Volksstimme soll die alte Bibliothek, sowie die Akademie der Wissenschaften in Betrachtung gebracht sein.

Die Nationalversammlung abgehört — fast mitleid wie ein Stummel an!

Der verlassene Reichstag. Ueber die derzeitige Unbewohnbarkeit des Reichstagsgebäudes berichten die Blätter Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß über den Reichstag eine Sperre von 14 Tagen verhängt worden ist, weil er von Ungelehrten verunstaltet sei. Die Höhe der angedachten Schäden beträgt eine halbe Million Mark. Im ehemaligen Reichstagsgebäude sind allein vierzig Arbeiter beschäftigt, deren Anfertigung im Frieden pro Stück 2000 Mk. kostete, abgeleert worden. Außerdem sind sehr wertvolle Vorhänge spurlos verschwunden. Die Wiederherstellungskosten, namentlich im Stiegenhaare, dürften etwa drei Monate in Anspruch nehmen. — In ihren Tagen soll ihr erkennen! Die Weihen Garden Roskes haben wie die Vandalen in dem Reichstagsgebäude gehaust und ihren Zerstörer- und Diebstahlstücken freien Lauf gelassen.

Der 8. deutsche Friedenskongress findet vom 18. bis 19. Juni in Berlin im Herrenhaus statt. Er geht aus von der Zentralstelle Böhmerland und der deutschen Friedensgesellschaft, welche die vorangegangenen Kongresse zu Friedenszwecken veranstaltet hat. Mit der Tagung wird die Hauptversammlung der beiden Organisationen verbunden sein.

Ein Vierteljahr über Erfolge von Schäden infolge von Unruhen ist dem Staate aus dem Reich, Staat und Gemeinden vor. Die Reichsregierung erkennt an, daß es unbillig wäre, die Schäden allein von den Gemeinden, namentlich der Stadt Berlin, tragen zu lassen, da ein großer Teil der Schäden als Kriegsergebnisse zu gelten haben, die im Kampf zwischen Regierungssoldaten und Aufständischen entstanden sind. Die Vorant wird der Nationalversammlung demnach angetragen.

Graben „zu hohe Löhne“ der Eisenbahner haben, wie die bürgerliche Presse meldet, die „berufenen“ Vertreter der Landwirte, der Handwerker und der Industrie bei der Eisenbahnverwaltung Beschwerden erhoben. In ihnen wird geltend gemacht, daß die Arbeiter infolge der gesteigerten Eisenbahnerlöhne entweder zum Eisenbahnerturn abwandern, oder aber — dies ist der Hauptgrund — die gleiche hohen Forderungen stellen, wodurch eine derartige Verteuerung der Produktion entstehen muß, daß die Konkurrenz mit dem Ausland nicht mehr aufrechtzuerhalten ist.

Wenn es den Unternehmern wirklich unmöglich ist, den teuren Lebensbedingungen angemessene Löhne zu zahlen, so wird damit nur um so klarer bewiesen, daß die Sozialisierung die einzige Rettung aus dem Unheil ist.

Ende des Frankfurter Zeitungstreits. Der Quaderschreiberey in Frankfurt ist beendet. Die Arbeit wurde mittags wieder aufgenommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 6. Mai. Populaire meldet, daß der Ausbruch der Streikbewegung in Frankreich fortgedauert und auf andere Industriezweige übergriff. Die Ausstände, die eine Lohnaufbesserung und sofortige Durchzahlung des 8-Stunden-Tages bezwecken, werden, wie das Wort omnium, in den allerersten Tagen einen weiteren Umfang annehmen.

Paul Populaire ergab die ärztliche Untersuchung als Todesursache des bei der Meißner reichsweisen Arbeiters Corne einer Schind und einer Erdbebenwelle. Das Wort erklärt alle politischen Aussagen, nach denen Corne ein Opfer der Manifestanten geworden ist, für unrichtig.

Im Kongress, 6. Mai. (Savoy-Neuter.) Die Glasarbeiter haben den Generalstreik beschlossen. Im Streitzentrum nahm die Lage sozialer, ernster Charakter an, weil alle Defen gelöst wurden. Die Forderungen der Arbeiter umfassen besonders den Kostentenden einen Stundenlohn von zwei Franken und die Abschaffung der Nacharbeit.

Aufhebung des deutschen Durchfuhrverbots gegen die Schweiz. Laut einer Mitteilung der deutschen Gesandtschaft in Bern hat die deutsche Regierung das Durchfuhrverbot für Waren von und nach der Schweiz aufgehoben. Für solche Sendungen sind in Zukunft deutsche Durchfuhrbewilligungen nur noch erforderlich, wenn die Waren für Deutschland und Polen bestimmt sind oder wenn es sich um Lebensmittel handelt.

Verantwortlich für den reaktionären Teil:

Dr. Kurt Geyer, Leipzig.

Verantwortlich für den sozialistischen Teil:

Friedrich Müller, Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Klotzsche-Gesellschaft.

Hemann-Bücher für den Kaufmann:

1. Die Organisation eines Fabrikunternehmens. 2. Doppelte Bilanz. 3. Die Bilanz. 4. Die Bilanz. 5. Die Bilanz. 6. Die Bilanz. 7. Die Bilanz. 8. Die Bilanz. 9. Die Bilanz. 10. Die Bilanz.

Infolge ihrer klaren Sprache und ihres anregungsreichen Inhalts erfreuen sich die Hemann-Bücher bei den Angestellten und Beamten von Industrie und Handel größter Beliebtheit. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag Carl Ernst Poeschel.

Chlorodont

Die bevorzugte Zahnpasta wirkt wunderbar erfrischend, macht misfarbendes Zahne nach kurzem Gebrauch wieder weiß.

Dieses Nummer umfasst 15 Seiten.

Herren-Anzüge

Wir sind in den Preislagen

M. 190.-
M. 225.- 240.- 290.- 340.-

auf-sortiert. Wir leisten Gewähr für guten Sitz, für gute Qualität und Verarbeitung. Auswahlsendungen nicht möglich.

H. Hollenkamp & Co
Erstes Herren-Bekleidungshaus
Leipzig
Brühl 28-32 - Ecke Reichsstr.

Ortsverein Gohlis.

Donnerstag, den 8. Mai, abends 7/9 Uhr

Bereins-Versammlung

im Brauerei-Ausshank Rickau.

Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Genosse Ernst Frenzel. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht eines jeden Parteigenossen und jeder Genossin.

Achtung, Arbeitslose!

Freitag, den 9. Mai, vormittags 10 Uhr

2 Versammlungen

im Volkshaus und Sanssouci

Tagesordnung: 1. Bericht über unsere Forderungen. 2. Ergänzungswahl zum örtlichen Erwerbslosen-Ausschuss. Arbeitslose, nehmt eure Interessen wahr. Erscheint in Massen. Versammlungsbefucher stampfen in den Lokalen. Erwerbslosen-Ausschuss Leipzig

Leipzig-Mädern.

Freitag, den 9. Mai, abends 7/8 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Goldenen Anker.

Tagesordnung: 1. Trennung von Staat und Kirche. Referent: Genosse Karl Ryszel. 2. Freie Ausdrucksweise.

Die Wichtigkeit des Themas sollte es jedem Volksgenossen zur Pflicht machen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand des Ortsvereins (U.S.P.).

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Leipzig

Büro im Volkshaus, Zeltweg 12, I. Etage. Arbeitsnachmittags 15 Uhr bis 17/18 Uhr vorm.

Bürozeitung 9-12 Uhr nachmittags, 4-6 Uhr nachm. Zimmer I u. 2. Telefon 8407.

Mitglieder-Versammlung

im Felsenkeller, R.-Plagwitz.

Freitag, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr

Tagesordnung: 1. Bericht über die erneut stattgefundenen örtlichen Verhandlungen. 2. Verhandlungsangelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Ortsverein Dölib-Dösen

Donnerstag, den 8. Mai, abends 7/8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in der Friedenseiche.

Tagesordnung: 1. Die Sozialisierung der Betriebe. 2. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Zum Schulanfang 1919

halten wir in unserm Hauptgeschäft, Tauchaer Str. 19/21, in den Filialen und Filialgeschäften der Vororte vorrätig:

Schulbücher für alle Schulen

Schreibhefte, Tinte, Zeichenblätter, Federn und alle sonstigen kleinen Lehrgegenstände.

Leipziger Buchdruckerei H. G., Abt. Buchhandlung, Tauchaer Str. 19/21.

Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf U. S. P. D.

Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr:

Frauen-Versammlung

im Restour. Böhmerwald, Engelsdorf. Referentin: Gen. Thiel-Prings. Um vollständiges Erscheinen bittet D. V.

Verband der Steinseker

und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Leipzig.

Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 4 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus (Café Mitte).

Tagesordnung: 1. Die Politik der Gewerkschaften während des Krieges. Referent: Verbandsvorsitzender A. Knoll. Korreferent: Redakteur H. Liebmann. 2. Gewerkschaftliches. Zu dieser Versammlung muß alles zur Stelle sein. Der Vorstand.

Mittwoch, den 7. Mai, abends 7/8 Uhr

im Allen Gasthof zu Gaußsch

Öffentl. Vortrag

über

Kapitalistische Ausbeutung und Privatversicherungswesen.

Lehrmann ist eingeladen. Der Einberufer.

K. P. D. (Spartakusbund), Ortsgr. Leipzig.

Mitglieder-Versammlungen

finden statt am Donnerstag, den 8. Mai, abends 7 Uhr, im Zentrum: Rest. Gulenberg, Johannissgasse

Tagesordnung: Die politische Lage

Öfen: Gasthof z. Schiffchen, Hildegardstraße

Südosten: Stadt Hof, Köfer Straße

Tagesordnung: Das Rätesystem

Westen: Westendhallen, Schochersche Str.

Paunsdorf: Deußcher Hof, Paunsdorf.

In allen Versammlungen werden vor Beginn Neuannahmen entgegengenommen. Die Bezirksleiter.



Schiffbrüchige

sind sie alle, die durch verfehlte Stützen bei Gefäßkrankheiten verenden, deren Blut und Gewebe entzündet und vergiftet ist, die infolgedessen an chronischen Entzündungen, Neubildungen, Entartungen und Verwachsungen, an Lähmungen, Rückenmarkleiden, Gelbsucht, Nerven- und Organerkrankungen tranke.

Unser Verein unterhält für Hilfsbedürftige eine kostenlose Beratungsstelle im Schanzenparkhaus (Botderhaus), 2 Treppen, täglich 11-1, 4-7 Uhr.

Verein für Lebens- und Heilkunst Reform.

Sonntag, 10. Mai, abends 7 Uhr: **Großer Unterhaltungsabend** mit Tanz und reichhaltigen Vorträgen im Vortragsvereinshaus, Rammerstr. 6. Gänge hergl. w. u. t.

Allgemein. Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig

Veranstaltungen für Erwerbslose 1919

Dienstag, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr

Freitag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr

Dienstag, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr

Freitag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr

Dienstag, den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr

Fünf Vorträge mit Lichtbildern

im Saale des **Auguste-Schmidt-Hauses**, Dresdner Str. 7, gehalten von **Alfred Herro**, Redakteur der Leipziger Volkszeitung

Von der Steinzeit zur Maschine

Die kulturelle Entwicklung der Menschheit unter besonderer Berücksichtigung des technischen Fortschritts und der dadurch ermöglichten Verriagerung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Die Vorträge sollen zeigen, wie der Mensch seit seiner Menschwerden die Arbeitsmittel ständig verbessert und damit seinen Nahrungsraum erweiterte und so die Bedingungen schuf zu seinem ideellen und materiellen Fortschritt; wie denn heute die Technik soweit entwickelt ist, dass sie eine wesentliche Verkürzung der zur menschlichen Existenz notwendigen Arbeitszeit ermöglicht und damit den Weg für alle Menschen freigemacht hat zur höchsten erreichbaren geistigen und körperlichen Ver-vollkommenung.

Die Karten sind von heute an in der Geschäftsstelle des Arbeiter-Bildungsinstituts, Volkshaus, Zeltzer Strasse 32, IV., Zimmer 42, von früh 9 bis nachmittags 6 Uhr für Erwerbslose unentgeltlich zu entnehmen.

Möbel

modern, solid und preiswert

Möbelhaus Herm. Fontus

L. Gohlis

Aonsf, Hallische Str. 108.

Geld-Lotterie Rote-Kreuz-Lose.

3 Mk. Porto u. Liste 45 Pfg. Ziehung 12.-17. Mai.

Friedrich Köthe

Nürnb. Str. 5 u. Heinrichstr. 8.



Ich will mich beliebt machen durch meine saubere und preisw. Arbeit

Ferd. Fischer

Tauscher Straße 10. Uhrmacher.

Johann Gottfried Seume

Ein literarisches Porträt

Ausgewählte Werke Seumes herausgegeben u. eingeleitet von **Wilhelm Hausenstein.**

Preis geb. 5.00, brosch. 4.00.

Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Postcheckkonto Nr. 53477. Die Aussträger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Mir oder Mich?

Vorged. Gedruckt, deutsch, Sprache 2. Reichen i. Gohlis, 4. Buchschreib 5. Stenograph. Stenographie 6. Wochenschriften 7. Buchführung (engl., franz., u. amer.) 8. Buchführung 9. Buchführung 10. Buchführung 11. Buchführung 12. Buchführung 13. Buchführung 14. Buchführung 15. Buchführung 16. Buchführung 17. Buchführung 18. Buchführung 19. Buchführung 20. Buchführung



Arbeiter-Schwimm-Verein Leipzig

Eingetragener Verein.

Die Übungen der Riegen finden jetzt wieder **Donnerstags** statt. D. V.

Fernsprech-Nummern

der

Leipziger Buchdruckerei H. G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung.

4596 Geschäftsleitung, Hauptkontor, Kaffe u. Segerei.

2721 Inseratenannahme und Buchhandlung.

13693 Redaktion der Leipz. Volksztg. (nur bis 1 Uhr mittl.)

Sekretärgesuch.

Für die Geschäftsstelle des Arbeiterbildungsinstituts in Leipzig wird zum sofortigen Antritt ein **Sekretär** gesucht. Bewerbungen sind mit einer schriftlichen Arbeit über die Aufgaben der Arbeiterbildungsbewegung bis zum **15. Mai** an die Geschäftsstelle des Arbeiterbildungsinstituts Leipzig, Zeltzer Strasse 32, IV. Stock, zu richten.

Metallarbeiter

Büro im Volkshaus, Zeltweg 12, I. Etage. Arbeitsnachmittags 15 Uhr bis 17/18 Uhr vorm.

Bürozeitung 9-12 Uhr nachmittags, 4-6 Uhr nachm. Zimmer I u. 2. Telefon 8407.

General-Versammlung

Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr im Volkshaus:

Tagesordnung: 1. Mitteilung von 2 Hausfassern. 2. Nachwahl zur Ortsverwaltung. 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress. 4. Stellungnahme zum Verbandskongress.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Vollständiges Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Abrechnung der Mailarten

Sitten wir umgehend im Verbandsbüro vorzunehmen. Die Ortsverwaltung.

Die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung

nehmen am Donnerstag, dem 8. Mai, an der Kartellversammlung teil. Die Ortsverwaltung.

Schmiede. Vertrauensmänner-Sitzung

Freitag, den 9. Mai, abends 7 Uhr: im Volkshaus. Die Vertrauensmänner.

Vertrauensmänner u. Arbeiterausschüsse der Gelbmetallindustrie

Freitag, den 9. Mai, abends 7 Uhr: Versammlung im Volkshaus. Vortrag des Genossen Schumann über: Räte-System.

NetzungsMonteure und Helfer.

Sonntag, den 11. Mai, vormittags 10 Uhr: Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung. Vollständiges Erscheinen aller Kollegen wird gewünscht. Die Brauchleitung.

Schlosseranschläger.

Freitag, 9. Mai, abends 7 Uhr: Versammlung im Volkshaus.

Alle vom Militärdienst entlassenen Kollegen müssen sich sofort, spätestens innerhalb 3 Wochen nach erfolgter Entlassung, wieder beim Verband anmelden, wofür sie nicht ihre bisher erworbenen Rechte verlustig gehen.

Meldung der im Kriegsdienst gefallenen Mitglieder.

Die Eltern oder Angehörigen gefallener Mitglieder werden gebeten, zwecks Beroollständigung der Gefallenen-Liste, im Bureau die genauen Personaldaten (Name und Geburtsort) des Gefallenen zu melden.

„Solidarität“

Leipzig-Ost

Abteilung

Sonntag, den 10. Mai 1919, abends 8 Uhr

16. Stiftungsfest

bestehend in Ball und Unterhaltung im großen Saale der Drei Mohren.

Mitwirkende: 1. Reigenmannschaft. Außerdem hat unser Mitglied, der Kunstfahrer **Robert Hartig**, seine Beteiligung zugesagt.

Alle Mitglieder, sowie Freunde des Radfahrersportes sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Frauenhaare

kauft Kilo 20 Mk.

Wunderlich, Haarfabrik

Windmühlenstrasse Königsplatz

Laden im Hause Kauthaus Josko.

Aonsf. Hallische Strasse 69 und Eisenbahnstr 81

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Mai.

Parteiangelegenheiten.

Eine Verleumdung.

Die Parteileitung der U. S. P. in Leipzig, einschließlich der Bezirksvertreter der Partei, denn andre Bezirksvertreter gibt es in der Leipziger Arbeiterbewegung nicht, erklären auch die neue Behauptung der Leipziger Neuesten Nachrichten, daß die Bezirksvertreter der U. S. P. eine Liste von Geiseln aufgestellt haben, als un wahr und bezichtigen die R. N. N. und ihre anonymen Hintermänner der Verleumdung.

Leipzig, den 7. Mai 1919.

Die Parteileitung der U. S. P. Leipzig

Achtung, Flugblattverbreitung!

Am Donnerstag dieser Woche allgemeine Flugblattverbreitung von Haus zu Haus. Die Flugblätter können heute Mittwoch in den bekannten Stellen entnommen werden. Recht zahlreiche Beteiligung an der Verbreitung ist dringend erwünscht.

Ordnungsverein Leipzig (Zentrum). Die Mitglieder treffen sich Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, zur Flugblattverbreitung im Restaurant zur Mühle, Reichstraße 24.

Der Vertrauensmann.

Ordnungsverein Alt-Leipzig. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung im Volkshaus.

Weslen II. Flugblätter sind bei Appenfelder, Pontatowkystraße zu entnehmen. Zahlreiche Beteiligung an der Flugblattverbreitung ist dringend erwünscht.

Nordbezirk, 12. Kreis. Morgen Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Ausgabe von 5 Uhr an im Restaurant Appelboom, Berliner Straße 24. Zahlreiche Beteiligung ist Pflicht.

Südlich. Agitationskommission Freitag, 8. Mai, in der Bibliothek Sitzung.

Schönefeld. Die Genossen treffen sich Donnerstag, von 4 Uhr an, zur Flugblattverbreitung im Bibliothekszimmer.

Die Gesundheitsverhältnisse in Leipzig.

Im Verein für Volkswohl sprach am Dienstagabend Herr Stadtdirektor Dr. Voetter über die gegenwärtigen Gesundheitsverhältnisse in Leipzig unter besonderer Berücksichtigung der Mesthyphusgefahr. Der Vortrag wurde in seiner Wichtigkeit unterstellt durch Kurzwortführer, die der Vortragende teilweise auf Grund eigener Feststellungen gezeichnet hatte. Dr. Voetter verbreitete sich zunächst über die Kriegsepidemien, die allmählich in Leipzig immer rechtzeitig bei ihrem Ausbreiten erkannt und isoliert werden konnten. Auch die Ruhr, die im Sommer 1917 recht heftig einsetzte, ist völlig erloschen. Pocken, Cholera, Pest sind trotz der großen Einschleppungsgefahr vom Osten her in Leipzig nicht angekommen. Nur das Fleckfieber bedroht und isoliert werden können. Nur das Fleckfieber, Typhus, Scharlach und Masern fordern jetzt nicht mehr Opfer wie in Friedenszeiten. Nur die Zahl der Todesfälle bei Typhus ist von 8 im Jahre 1912 auf 80 im Jahre 1918 gestiegen. Das allgemeine Gesundheitsbild in den letzten Kriegsjahren ist jedoch recht betrübend. Vor allem sind die Wirkungen der Jahre 1917 und 1918 geradezu verheerend. Die Geburtenhäufigkeit hat eine gewaltige Abnahme erfahren. Von 12-14000 Geburten in den letzten Friedensjahren ist diese Zahl im Jahre 1917 unter 5000 gesunken. Während der Bevölkerungszunahme durch diesen riesigen Geburtenanstieg abnahm, steigerte sich der Bevölkerungsrückgang durch die hohe Sterblichkeit ganz gewaltig. Bis zum Jahre 1918 starben in Leipzig jährlich 7-8000 Menschen. Dann aber steigerte sich diese Zahl sprunghaft auf 10 800 i. J. 1917 und auf 10 000 i. J. 1918. Diese Zahlen werden noch höher, wenn man bedenkt, daß durch die Bevölkerungszunahme während der Kriegsjahre durch die vielen Einberufungen immer niedriger wurde. Während wir in den letzten Friedensjahren eine jährliche Bevölkerungszunahme von 5000-6000 Menschen zu verzeichnen hatten, starben im Jahre 1918 5000 Menschen mehr als geboren wurden. Wenn dieses Mißverhältnis auch fernerehin andauert, so muß das zu den trübsten Erscheinungen führen. Vor allem hat die Influenza im Jahre 1918 großen Einfluß auf den Geburtenrückgang gehabt. Die Todesfälle bei Influenza steigerten sich ganz plötzlich von 32 i. J. 1917 auf 1286 i. J. 1918. Die Tuberkulose hat 2000 Menschen mehr hingerafft als in den Friedensjahren. Die Mittel, die sonst zur Bekämpfung dieser Krankheit zur Verfügung standen, sind verloren gegangen (Ernährung, Heizung, Wohnung, Kleidung, Reinlichkeit). Jetzt werden bereits die Kinder vom fünften Lebensjahre an von dieser Krankheit erfaßt. Die Sterblichkeitsziffer beträgt bei den Schulkindern das Dreifache und bei den 15-40-jährigen mehr als das Doppelte gegen den Friedensstand. In allen Lebensaltern haben die Frauen mehr gelitten als die Männer. Die Hauptursache dieses schlechten Gesundheitszustandes sind die traurigen Ernährungsverhältnisse. Bis 1916 waren dieselben einigermaßen erträglich. Dann aber kam der schreckliche Rohrstreuwinter 1916/17 und heute ist es noch nicht viel besser. Als normal sind von der Medizin für die Ernährung der Erwachsenen 2500-3000 Kalorien einmengen festgestellt. Anfang 1918 waren bei weitem nicht die Kalorienmengen für die Menschen vorhanden. Die steigende Unterernährung macht den Körper immer widerstandsfähiger gegen chronische Krankheiten und andre Mängel. 1917 und 1918 trat sogar eine ausgesprochene Hungerkrankheit auf, die sonst nur in Rußland verbreitet ist. Sie bestand in der Dehnen, das sind wasserhaltige Schwellungen der Gliedmaßen. In den letzten Monaten betrug die durchschnittliche Kalorienmenge in Leipzig nur noch 11-1200 Einheiten. Jetzt ist sie wieder auf 1400 gestiegen. Dennoch hat die Leipziger Bevölkerung nur 50 Prozent dessen, was sie zur Ernährung braucht. Die zugeteilten Lebensmittelmengen verteilen sich auf die Altersklassen sehr verschieden. Vor allem bekommen die kleinen Kinder mehr als sie brauchen. Je höher dann der Kalorienbedarf wird, um so weniger erhält der Erwachsene zur Deckung dieses Bedarfs. Schwerstarbeiter bekommen nicht mehr wie ein zweijähriges Kind und Schwangere und stillende Mütter können ihren Bedarf an Kalorien nicht decken. Das Fleckfieber hat in Leipzig nicht aufkommen können, trotz der durch den militärischen Zusammenbruch erhöhten Einschleppungsgefahr. Die Ärzte lauben bei der Mischgesundheitsbehörde und den jeweiligen Nachhabern für ihre Eigenverantwortung.

maßnahmen volles Verständnis. So war es möglich, durch ärztliche Untersuchung und Entlassung die Einschleppung durch die heimkehrenden Soldaten zu verhindern. Der Erreger der Krankheit ist noch nicht bekannt. Es liegt jedoch fest, daß die Übertragung durch Kleider- und Kopfkäufe erfolgt. Die Bevölkerung sollte sich deshalb diesem Ungeheuer gegenüber nicht so indolent verhalten. In einer hiesigen Volksschule wurden bei einer Untersuchung unter den Mädchen 50 Prozent verlaust gefunden. Geradezu schreckliche Verhältnisse bestehen da noch. Es gibt eine Menge Familien, die verlaust verlaust sind. Die Presse, Lehrerschaft und alle Bevölkerungskreise sollten dafür sorgen, daß die schweren Gefahren dieses Ungeheuers durch Aufklärung bekannt werden.

Die hohen Eier- und Geflügelpreise eine schwere Gefahr für unsere Ernährung.

Die Freigabe des Eierhandels hat nicht nur den Käufer begünstigt, sondern sie ist auch geeignet, dem Armen das trockene Brot, das ihm larg zugemessen wird, zu schmälern. Das weist der Leipziger Tagesblatt eingebend Bernhard Claus, Mitglied der Volkstammer, nach. Er macht zuerst darauf aufmerksam, daß bisher von einem Huhn jährlich 30 bis 40 Eier abzuliefern waren, obwohl durchschnittlich mit 80 Stück gerechnet werden kann. Wir haben erst dieser Tage Zahlen gebracht, aus denen hervorgeht, daß trotzdem nur ein Drittel der Eier abgeliefert worden sind. Herr Claus schreibt, wir wären zu einer Verzehrfachung bis Verzwanzigfachung der Eier- und Geflügelpreise gekommen, zu einer Preissteigerung, die sich aus den erhöhten Futtermittelpreisen nicht rechtfertigen lasse. Körner, die trotz aller Verbote in großen Mengen verfrachtet würden, seien ungefähr ums Doppelte, Kartoffeln ums Dreifache im Preise angelegen. Lebensfalls liege in den übertriebenen Eier- und Geflügelpreisen ein gefährlicher Anreiz zur Geflügelhaltung. Es müsse einmal ganz offen ausgesprochen werden, daß das Ueberhandnehmen des Geflügels die Ernährung der breiten Schichten des Volkes schwer schädige. Ohne Zufuhr von Kartoffeln und Körnern könne Geflügel nicht durchgehalten werden. Man komme auf mindestens 120 Millionen Stück Hühner, ohne Gänse, Enten, Truthühner usw. Da es Millionen von Geflügelhaltern gebe, so handle es sich auch um Millionen Zentner von Körnern, die als Hühnerfutter verbraucht würden. Die Geflügelzucht sei ohne Zweifel einer der breitesten Kanäle, in die Brotgetreide und sonstige Körner unerlaubterweise abfließen. Wir hätten im Jahre 1918 reichlich 14 Millionen Tonnen Roggen und Weizen geerntet. Bei einer Zuteilung von 5 Pfund Brot pro Kopf und Woche bedürfte es aber nur einer Getreidemenge von 6,5 Millionen Tonnen. Diese große Differenz zwischen wahrscheinlichem Ernteertrag und ordnungsmäßigem Verbrauch lasse sich nicht erklären mit dem Abgang von 1,4 Millionen Tonnen Saatgut, mit den Verlusten an der Westfront und dem Ausfall in Polen, die mit je 1 Million Tonnen angelegt werden mögen; er lasse sich nur erklären aus der Verfrachtung ins Vieh und ins Geflügel, aus dem Schlachthandel, aus der Verschleppung von Körnern und Mehl in ungeachtete Haushaltungen. Die öffentliche Zuteilung müsse geradezu als lässlich bezeichnet werden, wenn man bedenke, daß im Deutschen Reich für jeden Menschen ungefähr 2 Hühner herumlaufen, und daß bei gleichmäßiger Rationierung für jedermann einen Tag um den andern ein Ei abgegeben werden könnte. Der breiten Masse des Volkes werde durch die Geflügelzucht die Brotzuteilung wesentlich verkleinert und in der Qualität verschlechtert, ohne daß ihr durch die Erzeugnisse der Geflügelzucht ein nur annähernd angemessener Ersatz geschaffen würde. Das für eine Wohltat würde es beispielsweise für unsere Bevölkerung bedeuten, wenn die Millionen Zentner Hafer, mit denen Millionen Gänse gemästet worden sind, ihr heute in Gestalt von Hafernahrungsmitteln zuteil werden könnten.

Inzwischen ist ja die öffentliche Zuteilung von Eiern im allgemeinen weggefallen, und die Zustände werden aus diesem Gebiete noch schlimmer. Hier ist also der Nachweis gebracht worden, daß die Wohlhabenden, die sich reichlich mit Eiern und Geflügel versorgen können, das auf Kosten der Armen tun, die noch mehr hungern müssen, damit sich die Reichen aufmästen können. Und die „sozialistische“ Regierung begünstigt das noch, anstatt dagegen entschiedenen Front zu machen.

Leipziger Bürgerausschuß und Gesselliste.

Man schreibt uns: Die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben zur Gesselliste, das Bürgergeld habe zweifellos ein Recht darauf, daß in irgendeiner Weise Klarheit geschaffen würde. An dem Bestehen der Liste sei nach den ihnen gewordenen Mitteilungen nicht zu zweifeln. Liegt den R. N. wirklich so viel daran, daß Klarheit geschaffen wird, so brauchen sie sich nur an den Leipziger Bürgerausschuß zu wenden. Angehörige dieser Körperschaft sind in der Lage, darüber Auskunft zu geben, wer die Liste aufgestellt hat, denn sie ist das Werk von Mitgliedern des Leipziger Bürgerausschusses. Das ist durchaus nicht verwunderlich. Der Bürgerausschuß vertritt nun einmal die Interessen der bestehenden Klassen, obwohl er bei seiner Gründung erklärte, daß er parteipolitisch neutral sei und seine Tätigkeit in den Dienst der gesamten Bevölkerung stelle. Wie er Wort gehalten hat, zeigt sein Verhalten beim Generalkongress. Der reaktionäre Gegenstreik war sein Werk. Er erstrebt mit allen Mitteln die Wiederanfristung der unumschränkten Bourgeoisiegewalt in Leipzig. Dazu ist er von den Besthenden ins Leben gerufen, und zu diesem Zweck wird er von ihnen ausgehoben. Jetzt wünscht er nichts Schlimmeres als den Einzug der Rote Armee, damit der Arbeiterrat gestürzt und die Gewalt der Besthenden ausgerichtet werden kann. Weil Ruhe herrscht, muß nach Vorwänden für den Einmarsch der Weissen Garde gesucht werden. Maßgebende Herren des Bürgerausschusses stellen deshalb die Gesselliste zusammen, um der Regierung zu beweisen, wie sehr das Bürgergeld bedroht und wie dringend nötig das Erscheinen der Regierungstruppen sei, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Es war naheliegend, daß die Herren sich selbst als die bedrohten Opfer bezeichnet und ihre Namen auf die Liste setzten. Das nicht alle Namen der Ausschussmitglieder auf die Liste gekommen sind, ist darauf zurückzuführen, daß nicht alle Mitglieder, sondern nur die „zuverlässigsten“ in den Plan einbezogen worden sind.

Entlassung eines hiesigen Beamten vor dem Landtag.

Der Diplomingenieur A. war seit 1907 beim Leipziger Elektrizitätswerk angestellt. Nach 10jähriger Beschäftigung verwanbelt sich die Stellung der Beamten nach dem Dringesez der Stadt in eine unangenehme Anstellung. Bevor diese zehn Jahre abgelaufen waren, er-

hielt A. vom Rat die Abfindung; er war 9 1/2 Jahre in seiner Stellung. Die Abfindung trat A. um so härter, als sie ihm im April 1917 ins Feld geschickt wurde, wo er in vorderster Kampflinie stand. Begründet wurde diese Abfindung damit, daß er mit dem Direktor H. Differenzen gehabt habe; auch wurde ihm zum Vorwurf gemacht, er habe einen schweren Schaden im Betriebe verschuldet und sei daher für die Stelle ungeeignet. Alle Versuche, die Abfindung rückgängig zu machen, scheiterten, A. wurde vom Oberbürgermeister Dr. Dietrich abgewiesen. Da A. im Felde nicht Gelangweilt hatte, die Festen zur Plage einzuhalten, verstrich auch der Termin zur Aufnahme einer Anrichtungsstelle, so daß er schließlich am Ende des Krieges ohne Stellung war. A. wandte sich nun an die Volkstammer mit der Bitte, sie möge den von ihm beim Gesamtministerium gestellten Antrag unterstützen, der folgenden Wortlaut hat: „Die Dienstverhältnisse bei den zum Generalkongress einberufenen Beamten, die während des Krieges ohne einen wichtigen Grund unter Zurückhaltung der Abfindungsfrist verfrist worden sind, im Besonderenwege aufzuheben.“

A. hoffte, daß auf diese Weise auch seine Abfindung aufgehoben werden würde. In der Petitionskommission kam zum Ausdruck, daß A. wohl ein bißchen hart angefaßt worden sei. Die Kommission beschloß, die Petition, soweit sie ihrem Inhalt nach auf Wiedereinstellung A. in den Dienst der Stadt Leipzig gerichtet ist, der Regierung zur Erwägung in dem Sinne zu überweisen, daß sie auf den Rat der Stadt Leipzig in diesem Sinne einwirken möge, im übrigen die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Es ist zu hoffen, daß dadurch eine dem A. offenbar zugefügte Härte torrigiert wird.

Eine Verordnung über die Veretzung älterer Beamten und Lehrer in den Ruhestand.

Das Kultusministerium haben erlassen. Darin wird die Opferwilligkeit anerkannt, mit der sich die älteren Beamten und Lehrer während des Krieges, als eine große Zahl Lehrer und Beamte zum Generalkongress eingezogen war, in den Dienst des Staates und der Gemeinde gestellt haben. Es wird aber betont, daß unter den neuen, seit November 1918 herrschenden Verhältnissen das Schwergewicht auf die Mitarbeit der jüngeren dienstlichen Beamten und Lehrer zu legen ist. Durch Beschluß des Gesamtministeriums vom 4. April 1919 wird daher denjenigen Beamten und Lehrern, die das 65. Lebensjahr erreicht oder eine 40jährige Dienstzeit erfüllt haben, vorgelesen, ihre Pensionierung zu beantragen. Die Behörden werden aufgefordert, die betreffenden Beamten und Lehrer auszufordern, spätestens bis zum 15. Mai ein Gesuch um Pensionierung für den 30. Juni einzureichen und zur Entschließung über Erteilung weiterer Maßnahmen bis zum 20. Mai über die Fälle zu berichten, in denen die betreffenden Beamten und Lehrer der Aufforderung nicht nachgekommen sind. In besonderen Dienstverhältnissen, die ein weiteres Verbleiben im Amte bedingten, soll automatisch an das Ministerium berichtet werden.

Erhöhung der Wohnung für die Mannschaften des alten Heeres.

Die Regierung, die der Weissen Garde mobile Wohnung und 5 M. tägliche Zulage meist reichlicher Versorgung gewährt, wollte die Mannschaften des alten Heeres mit der Friedenssicherung nicht einer unzureichenden Feuerungszulage absprechen. Das hat große Erbitterung unter den Heeresangehörigen hervorgerufen. Jetzt ist angeordnet worden, daß sämtliche aktiven Unteroffiziere und über den 20. April 1919 hinaus notwendig zurückbehaltenen Mannschaften vom 1. Mai 1919 an die Gehaltsstufe der nächsttiefsten Reichswehr erhalten. Bewachungskompanien der Kriegesangehörigen bekommen ihre bisherigen Gehaltsstufe weiter. Die Krankenkassen der Reichswehrangehörigen sind als mobiler Dienstgradabteilung und 1,50 M. Tagezulage zusammen. Lazarettkranke des alten Heeres werden den Angehörigen der Reichswehr gleichgestellt. Die alten Mannschaften haben sich diese Gleichstellung, die für eine sozialistische Regierung selbstverständlich sein sollte, erst mühsam erkämpfen müssen.

Verbot der gewerblichen Herstellung von Rauchgebäd.

Das Gewerbeamt teilt mit: In letzter Zeit ist häufig festzustellen gewesen, daß in Bäckereien Backwaren verfertigt wurden, die unter Verwendung von Getreide- bzw. Gerstmalmen hergestellt waren. Nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 6. April 1917 ist in Bäckereien wie in Konditoreien die Herstellung von Rauchgebäd jeder Art (einschließlich Reis, Napfstuden, Mitterteig und Königsstuden) verboten, auch wenn zur Herstellung lediglich ausländisches Mehl oder sogenanntes Ertragsmehl verwendet werden sollten. Verboten ist ferner die Herstellung von Torten, Gebäck, Kuchen und Puddings (Cremetorten) in solchen Betrieben, in denen inländisches Mehl zu Schwarz- oder Weißbrot verarbeitet wird. Da dies in allen Bäckereien zutrifft, so dürfen diese Torten und das Gebäck nicht nur nicht hergestellt, sondern es ist ihnen nach der Ministerialverordnung vom 18. April 1917 auch der Verkauf dieser in Konditoreien hergestellten Backwaren nicht erlaubt. Außer den Konditoreien wird es kaum noch Betriebe geben, in denen kein inländisches Mehl zu Schwarz- und Weißbrot verarbeitet wird. Sollte jedoch auch in Konditoreien Schwarz- und Weißbrot hergestellt werden, so würden auch sie keine Torten und kein Gebäck anfertigen dürfen. In Bäckereien ist lediglich die Herstellung von Gebäckorten erlaubt, zu denen kein Getreidemehl oder deren Ertragsmehl verwendet werden (Mackenzgebäd usw.). Die Herstellung solcher Gebäcke ist auch den Konditoreien gestattet. Ähnlich werden die Bäckereien und Konditoreien auf die Einhaltung der Vorschriften scharf überwacht werden. Es werden auch Proben von Gebäckorten gefaßt und daraufhin untersucht werden, ob sie Getreidemehl bzw. deren Ertragsmehl enthalten. Im Falle der Uebertretung der Vorschriften haben die Gewerbetreibenden die schärfsten Maßnahmen, insbesondere neben empfindlicher Bestrafung die dauernde Schließung ihres Geschäfts zu gewärtigen.

Diese Verordnung hätte längst erlassen werden müssen. Wir haben schon vor Monaten die Mißstände auf diesem Gebiet erörtert und das Verbot verlangt.

Den Kommunisten ins Stammbuch.

Ein Vertrauensmann der Leipziger Arbeiterschaft schreibt uns: „Am 11. April 1919 bringt die Rote Fahne unter der Spitzmarke „Selbstschätzung“ einen Artikel, in welchem folgender Satz steht: „Denn während die Vertrauensleute der U. S. P. schon während des Krieges ihre Politik des Schwachsens in den Betrieben propagieren konnten, war es denen der A. P. nur seit Ausbruch der Revolution möglich, ihre Tätigkeit im Sinne des kommunistischen Manifestes zu entfalten.“ Das ist eine Fälschung der Vertrauensleute der Leipziger Arbeiterschaft, wie sie ärger nicht ausdenken kann. Der Artikelstreiter mag den Wahrheitsbeweis antreten dafür, wo und wann die Vertrauensleute der U. S. P. eine Politik der Verwässerung in den Betrieben propagiert haben. Und warum war es den Vertrauensleuten der A. P. nicht möglich, während des Krieges ihre Tätigkeit im Sinne des kommunistischen Manifestes zu entfalten? Der Artikelstreiter stellt damit dem Mute seiner Meinungsgenossen ein schlechtes Zeugnis aus. Nachstand aller Gewächse, mit Einschluß ihrer Person, ihrer Familie, ihrer ganzen Existenz, stets mit einem Bein im Arschhaus und Gefäßguld stehend, haben die Vertrauensleute der U. S. P. ihre Pflicht erfüllt, um den Weissen Garde, das revolutionäre Heer des Leipziger Profetarials unter der Schwere des Krieges zu erhalten und zu sichern, und mehr als einer untrug brauen Genossen wurde ein Opfer seiner Pflicht. Und nun kommen Leute, die sich erst bei Ausbruch der Revolution auf Ihren Mut besinnen haben

und waren es, die sie in den schwersten Zeiten...

Die Postkassen als Musterkassen

Mit allen Mitteln wird versucht, die Postkassen...

Am 1. März 1919...

Das Garnisonkommando hat also den Vorfall...

Man bemerkt das Garnisonkommando:

Die für die Volkzeitung angebotene Stelle...

Die Abgabe eines solchen unzutreffenden Berichts...

Am 1. März 1919...

Abdruck eines Berichts des auch der Sicherheitskommission...

Wegen des schamlosen Verfalls des Publikums...

Welcher ist diesem Verfall bisher noch nicht...

Garnisonkommando

Genl. Schröder, Bevollm. des Minst. für Militärw.

Das Garnisonkommando ist vollkommen im Arrium...

Man schreibt uns: Auf ein Angebot in den Leipziger...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Kapitalistische Ausbeutung

Man schreibt uns: Auf ein Angebot in den Leipziger...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Die großen Schuhfabriken und -Geschäfte...

Gefahren der Strafe Ein Kradfahrer, der in Außer...

Lebensmittelkatalog für Donnerstag, den 8. Mai.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Fleisch: letzter Tag - abzugeben Fleischmarken...

Kartoffeln: abzugeben V 46/V 46 (fünf Pfund für 18 bis...

Ausgabe. Gruppen und Teilwaren: letzter Tag - bestellt...

Gier für Schwerkriegsbeschädigte: Ausgabe, Volkmarisdorf...

Ausgabe von Lebensmitteln und Rohstoffen: Nr. 1251 bis...

Für Händler.

Milch: Milchmarkenablieferung durch die Milchhändler Nr. 751...

Amerikanisches oder inländisches Mehl: Bezugseinnahme...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

Teilwaren: Bezugseinnahme durch die Kleinhändler und...

flecker, deren politische Auffassungen nicht mehr den Anschauungen...

das Leipziger Gewerkschaftsblatt hat nicht das geringste Recht...

Die Gewerkschaften und ihre Einrichtungen, wozu die Kartelle...

Daraus folge, daß wegen politischer Parteigebirgheit oder...

Zunächst ist es ein Ubel Kniff, die Entlassung eines Arbeiters...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Die logische Folge dieser Generalisationslehre wäre, daß...

Sächsische Angelegenheiten.

Der allmächtige Gendarm.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Am Tage vor der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung...

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ein Nachspiel zu einer Wahlversammlung.

Ausland der Leipziger Brauerarbeiten.

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Die Brauerarbeiten (Künstlicher Betriebe von Leipzig und Um...

Gewerkschaftsbewegung.

Zirefmann als Nachfolger Veglens.

Das Klingt wie ein Ubel Scherz, liegt aber durchaus im Bereich...

Das Klingt wie ein Ubel Scherz, liegt aber durchaus im Bereich...

Die Stadtbewohner von La Courvière (Genneville) haben den...

Die Stadtbewohner von La Courvière (Genneville) haben den...

Die Stadtbewohner von La Courvière (Genneville) haben den...

Die Stadtbewohner von La Courvière (Genneville) haben den...

Die Stadtbewohner von La Courvière (Genneville) haben den...

Die Stadtbewohner von La Courvière (Genneville) haben den...

Feuilleton

Die Utopie in der Wirklichkeit.

Eine Friedensnovelle von August Strindberg.

II.

Es war eine sonnige Morgenstunde Ende Februar 1871. Die kleine Martharaphie in Louanne wanderte, Schritt vor Schritt, ein junges Weib am Arm eines Mannes mittleren Alters hinaus. Sie hing am Arm ihres Begleiters. Ihr Gesicht war das eines Mädchens, doch es war seltsam vor Kummer, und sie war schwarz gekleidet. Der Mann an ihrer Seite war nicht schwarz gekleidet, woraus Vorentscheidungen schlossen, es sei nicht ihr Mann. Er schien tief bestürzt, beugte sich dann und wann zu der kleinen Frau nieder und sagte einige Worte; darauf überließ er sich wieder seinen eigenen Gedanken. Als sie auf den Platz beim alten Zollhause vor das Wirtschaftshaus kamen, blieben sie stehen:

— Noch eine Höhe? — fragte sie.
— Ja, liebe Schwester, — antwortete er. — Stehen wir uns einen Augenblick.

Und sie legten sich auf eine Bank vorm Wirtschaftshaus. Ihr Herz klopfte langsam, und ihre Brust atmete träge, als wenn die Luft nicht reichte.

— Es ist schade um dich, armer Bruder, — sagte sie; — ich sehe, daß du dich nach den Dämonen sehnst!

— Bitte, Schwester, sprich nicht davon, — antwortete er. — Wohl ist mein Herz zuweilen fern, und wohl beklügte man meiner dahelien bei der Saat, aber du bist ja meine Schwester, und sein eigen Fleisch und Blut kann man doch nicht verfluchen.

— Wir werden sehen, — fing Frau von Bleichroben wieder an, — ob diese Luft und diese neue Behandlungsart etwas zu seiner Besserung tun können. Was glaubst du?

— Ganz sicher, — antwortete der Bruder, aber er wandte sich ab, um nicht sein zweifelndes Gesicht zu zeigen.

— Welchen Winter habe ich in Frankfurt durchlebt. Doch das Schicksal solche Grausamkeiten erfinden kann! Ich glaube, ich hätte leichter den Tod ertragen als dieses Lebensbegrabensein.

— Die Hoffnung lebt immer, — sagte der Bruder mit einem hoffnungslosen Ton. — Und dann zogen seine Gedanken fort zu seinen Kindern und seinen Kindern. Doch gleich darauf schaute er sich über seine Selbstsucht, nicht so erfüllt von dieser Sorge sein zu können, die eigentlich nicht seine war und die er ganz ohne Verstand bekommen hatte, und er wurde auf sich böse.

Da hörte man einen gelassenen langgezogenen Schrei von der Höhe her, dem Pfeifen einer Lokomotive gleich, und dann noch einen.

— Geht der Zug hier so hoch in die Berge hinaus, — fragte Frau von Bleichroben.

— Ja, das muß er wohl, — sagte der Bruder und schaute mit zufriedenen Augen.

Und einmal wurde geschrien! Aber jetzt klang es, wie wenn jemand erstickt.

— Doch uns wieder nach Hause gehen, — sagte Herr Schanz, der ganz bleich geworden war. — Du vermagst heute diese Höhe nicht zu steigen, und morgen werden wir vernünftiger sein und eine Drohsche nehmen.

Aber die Frau wollte gehen, unbedingt. Und so gingen sie die lange Höhe bis zum Hospital hinaus. Es war eine Kalvarienwanderung. In der ersten Handbörse an der Seite des Weges trippelten schwarze Drosseln mit gelben Schnäbeln; auf den mit Eichen und Kiefern besetzten Mauern saßen graue Eidechsen um die Wette und verschwanden in den Spalten; es war voller Frühling, denn es war kein Winter gewesen; und am Bewande blühten Primula und Helleborus. Aber das fesselte nicht die Aufmerksamkeit der Göttergöttergötter. Als sie die Höhe halb hinaufgekommen waren, erneuerten sich die geschmeidigen Schreie. Wie von einer plötzlichen Abnung erfaßt, wandte sich Frau von Bleichroben zum Bruder, sah ihn in die Augen mit ihren halbgebrochenen, um ihren Verdacht bestätigt zu sehen, und dann sank sie, ohne einen Schrei ausstoßen zu können, auf dem Wege nieder, dessen gelber Staub sie mit einer Wolke umwirbelte. Und da blieben sie liegen.

Oben im Hospital war Herr von Bleichroben in ein Zimmer mit voller freier Aussicht nach Süden eingelagert worden. Die Hände waren gepolstert und in einem schwachen blauen Bandentuch gefesselt, durch welchen man leichte Konturen von Bandhöfen sehen konnte. Die Decke war als ein Spalter mit Weinlaub gemalt. Der Boden war mit einem Teppich belegt, und unter dem Teppich lag eine Schicht Stroh. Die Möbel waren mit Holz und Gewebe überkleidet, so daß Eisen und Rauten des Holzes nicht zu sehen waren.

Wo die Tür sich befand, konnte man von innen nicht entdecken, und dadurch wurden alle Gedanken des Kranken an Ausgang und das Gefühl der Einsperrung, das bei einem aufgereagten Gemütszustand das gefährlichste ist, ferngehalten. Die Fenster waren allseitig mit Gittern versehen, aber diese waren höchst in Form von Hissen und Rauten gearbeitet und so gezeichnet, daß sie nicht als Gitter erkannt wurden.

Herrn von Bleichroben's Wohnsitz hatte die Form von Geistesqual angenommen. Er hatte einen Winger unter geheimnisvollen Umständen ermordet, er hat nicht zu bekennen vermocht, aus dem einfachen Grunde, weil er sich ihrer nicht erinnerte. Jetzt saß er im Gefängnis und erwartete die Vollstreckung des Urteils, denn er war zum Tode verurteilt. Doch er hatte letzte Zwischenkunden. Dann stellte er große Bozen Papier an den Wänden des Zimmers auf und schrieb sie mit Schilfschinken los. Dann erinnerte er sich, daß er Frankfurter hatte erschlagen lassen; aber daß er verurteilt war, daran erinnerte er sich nicht; und er nahm den Besuch seiner Waiin wie den eines Schillers entgegen, denn er Veltionen in der Bonk gab. Er hatte als Prämissen aufgestellt: Frankfurter seien Herrscher, und die Orber laute; erschliche sie! Eines Tages hatte seine Frau, die genötigt war, bei allem mitzuhelfen, die Unvorsichtigkeit, seinen Glauben an die Prämissen, daß alle Frankfurter Verurteiler seien, zu erschüttern; da sie er alle Konklusionen von der Wand herunter und sagte, er würde zwanzig Jahre anwenden, um die Prämissen zu beweisen, denn die Prämissen müsse zuerst bewiesen sein. Zuweilen hatte er große Proteste für das Wohl der Menschheit. Woraus läuft all unser Streben hier auf Erden hinaus? fragte er. Deshalb reitet der König, predigt der Priester, diktiert der Dichter, malt der Maler? Doch, um dem Körper Stoff zu verschaffen. Stoff sei das teuerste von allen Nahrungsmitteln, darum sei Fleisch am teuersten. Stoff sei die Antiloga, denn die Reichen, die Fleisch essen, seien intelligenter als die andern, die mehr Kohlenhydrate essen. Jetzt knie es auf der Erde an, schlamm um den Stoff zu stehen, und daher entstehen Kriege, Arbeiterstreiks, Zehungen, Meistern und Staatsfälle. Man müsse eine neue Erde mit Stickstoff entdecken. Herr von Bleichroben hatte sie entdeckt, und nun würden alle Menschen gleich werden: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit würden eine Wirklichkeit auf Erden werden. Diese unerklärliche Erde hieß: die Luft. Die enthält 78 Volumenprozent Stickstoff, und man mußte auf irgend eine Weise die Lungen dahin

bringen, ihn direkt aufzunehmen und zur Nahrung des Körpers zu verarbeiten, ohne daß er sich erst in Gras, Getreide und Gemüse zu verflüchtigen brauchte, um dann vom Tier in Fleisch verwandelt zu werden! Das war das Problem der Zukunft und das des Herrn von Bleichroben; mit dessen Lösung würden Kriege und Hingung überflüssig werden und das goldene Zeitalter wieder eintreten auf Erden. Tagtäglich versel er wieder in seine Träume von dem vergangenen Wort, und dann war er tief unglücklich.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Traum des Stadtkommandanten.

Ein Berliner Arbeiter hat, ohne literarische Absichten, Nachstehendes für die Aktion aufgeschrieben:

Morgen soll ER, der Kommandant von Berlin und Sozialdemokrat, das Ständrecht verkünden. Lange Beratung der Regierung mit hohen Offizieren hat so beschloffen.

Um den Widerstand schnell zu brechen.
„Wer mit Waffen in der Hand . . . wird erschossen.“ — — —
ER geht zur Ruhe. Und bald träumt er diesen Traum:

ER spricht in heimlicher Versammlung:
„Arbeiter, Genossen, seid bereit! Morgen versammelt euch bewaffnet auf dem Schloßplatz. Wir wollen den König und die Regierung stürzen!“

„Ja, das wollen wir!“
„Im andern Tage.“

Von allen Seiten strömen die Arbeiter nach dem Schloßplatz, die Waffen in der Hand unter der Kleidung geborgen oder offen tragend. ER führt einen Trupp.

Polizei stellt sich ihnen entgegen: „Platz da!“
Die Arbeiter sind in Übermacht. Die Polizei weicht zurück und wird entwaffnet.

In andern Stellen flieht Blut.
Nicht viel.
Die Arbeiter hält nichts auf.

Auf dem Schloßplatz, Kopf an Kopf, steht die Masse der Proletarier.
Es schwingen die Mäse: „Nieder mit dem König! Nieder mit der Regierung! Es lebe die sozialistische Republik!“

Neben werden gehalten voll Feuer.
Abordnungen und Schloß gefolgt mit ihren Forderungen.
Da öffnet sich die Pforten über dem Schloßportal.

Der Kanzler des Reiches tritt herauf.
Fleisch, mit erhobenen Händen.
Die Menge schweigt.

„Der König und die Regierung wollen euren Willen tun! Geht nun nach Hause, es wird alles euren Willen gemäß geschehen.“

Einblosler Rabel der Proletarier antwortete: „Gott lebe die sozialistische Republik!“

Abgerud, unter Lachen und Rufen, begibt sich die Menge ihres Wegs.
ER berät mit vielen Genossen.

Sie wollen sich für alle Fälle am andern Tage da und da treffen.
Mit Waffen. Weiter beraten, was zu tun. — — —
Am andern Morgen.

ER tritt auf die Straße.
Zwei große Plakate.
Das eine weiß, das andre rot.

Auf dem weißen:
„Der Wille der großen Mehrheit des Volkes ist es nicht, daß wir, der König und die Regierung, abdanken. Wir nehmen daher unter Vorbehalt, das wir gestern den Aufständern unter der Mäse ihrer Proklamierung abgenommen haben, zurück.“ usw. usw.

Auf dem roten:
„Belagerungszustand — Ständrecht.“
Wer mit den Waffen in der Hand auf den Straßen und Plätzen betroffen wird, wird erschossen.“

ER flümmert vor den Augen.
Schnell eilt ER, den Armeerevolver mühsam verbergend, zu dem Versammlungsorte.

Zwanzig, dreißig Genossen stehen da, Waffen in der Hand.
Alle haben gelesen. Einige sind stumm. Andre furchbar erzagt.
ER fragt ausgeregt, eilig: „Was nun?“

Da erheben Marschschritte, Pferdgetrappel, Kommandos an sein Ohr.
Grenadiere stehen auf.
Eingeschlossen.

Wortlos geben die Arbeiter ihre Waffen ab.
Sie werden gefesselt.
Urteil:

„In die Wand! Werben erschossen.“
ER hört sagen: „Das ist einer der Rädelsführer.“
„Der soll bis aufgest wartet.“

ER sei der Letzte.
ER sieht, mit stotterndem Herzen, verschwommen, wie seine Genossen je drei und drei aufgestellt werden.

Grenadiere treten vor, Gewehr im Anschlag.
„Achtung! Gebt — Feuer!“
Drei fallen.

Nähren sich nur wenig.
Die nächsten drei.
Einer fällt auf die Knie, wimmert leise, bettelt: „Leben lassen!“

„Achtung! Gebt — Feuer!“
Der Bettelnde stößt mit den Beinen in die Luft.
Ist nicht tot.

Der junge Leutnant zieht den Revolver, tritt heran, feuert.
Der Kopf zerplatzt.
Der Leutnant stürzt.

Die nächsten drei . . .
ER steht sich um.
Die Welt ist so verändert. So weiß und so grau. Die Häuser riesengroß. Das Sonnenlicht so bleich.

Alles so stumm.
Krach!
Wieder drei.

Das Durchdröhre, Grausige kommt näher.
Krach!
Wieder drei.

Einer wirft sich auf den Boden, laßt und schreit.
Wahnwitz.
Krach!

Einer ruft: „Es lebe die Revolution!“
Krach!
Drei.

Das Wasser läuft RÖT aus allen Poren.
„Wie können die uns Wechsele töten?“
Er schlottert.

Erstreck im Hals.
Kest ER!
Allein!

Der Grenadier dort weint.
Wird wogenschlert.
ER sinkt in die Knie.
Kann nicht sprechen.
Nur stehend die Hände heben.
ER wird aufgerichtet.
Ist tot. —
„Achtung!“
ER starrt in die Ränge!
Acht Leben!
„Gebt Feuer!“
ER reißt die Augen weit auf.
Ist erwacht.
Die Frühsonne scheint ins Zimmer.
ER steht auf, in Schweiß gebadet.
Daher ist ER in seinem Amtszimmer.
Dort gibt er, ohne von Scham geschüttelt zu werden, die letzten Anordnungen zur Verwirklichung des Ständrechts.
Daher der Name Nobbe . . .

Theater.

Ein Publikum. Im Altonaer Theater feierte am Dienstagabend ein volles, fröhliches Haus die beliebte Künstlerin Käthe Dutsch. Sie ein Vierteljahrhundert im Verbands des Stadttheaters zu sein hat. Einmal war Wunderrausch und Aabelburgs Amüsierstück „Am weißen Röhrl“, das mit einigen nicht immer ganz klappenden „aufstehenden“ Einlagen gegeben wurde. In der Rolle der resoluten Röhrl-Fürstin erzielte die Künstlerin ihre liebendwürdigste Kunst, die nicht eine Wunderrausch-Käthe, sondern eine Käthe für einige Stunden zu belachen weiß. Die Festversammlung genoss das Spiel der Künstlerin mit herzlichem Vergnügen — amüsierte sich aber nicht minder gut über die abgestandenen Forderungen und Schnodderigkeiten der einstmaligen Bühnenherrschenden Kompaniestruktur. Revolutionen des Bühnenbaus sind seit der ersten Aufführung dieses Nachwerks durch die ernste Kunst gestirmt, — das „weiße Röhrl“ behauptete sich auf dem Bühnen der deutschen Bühnen. Auf dem Gebiet der Kunst gibt es keine Entzündung. — Blumen und Kränze in Ueberzahl blühten den feierlichen Aufbruch der Feste. Inmitten eines blühenden Gartens hielt Frau Dutsch ihre gekürzte Rede. Schade, daß sie darin halbes Scheiden aus dem Verbands ankündigte. Man möchte ihr auf ihrem Abschied, das sie in ihrer Rede, halb toll, halb wehmütig brachmet hat, noch eine gute Zeit erfruchtlichen Wirkens gönnen. hb.

Schauspieler (Der Vater). Bis in den Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts gab es in Strindberg's Schmut so wenig einen ausgeprägten Aktentanz, wie in der Jetztzeit. Daraus erklärt sich, daß beide Dichter, als polemische Reiter inmitten einer Nebenbühnen-Gesellschaft, sich mit einer anderen Folgererscheinung der großstädtischen Entwicklung befaßten, die auch in ihren Vätern brandend geworden war und sich ihnen vor allen Dingen im Ausland, wo sie fast immer lebten und in den Kreisen der Gebildeten verkehrten, handgreiflich darbot: mit der sogenannten Frauenfrage statt mit Agenden und tiefen gesellschaftlichen Problemen. Neben akt gemeinsam als Feminist, Strindberg als Antifeminist. Aber es ist im Grunde nicht so sehr „die Frau“, die Strindberg angeht, sondern er hat recht eigentlich, fast ohne es zu wissen, gegen die Ehe und gegenwärtig ist es ein Rollen der Geschlechter Studien über den Ehebruch, im philosophischen Studium ihrer Widersprüche, ohne auf den weiteren Gedanken ihrer gesellschaftlichen und historischen Bedeutung zu kommen und vor hier aus auf Mittel gegen ihre Güte. In den früheren Stücken, zu denen ja der „Vater“ gehört, entspricht der etwas Neben Problemstellung wenigstens nach eine gesunde Lebensanschauung. Wie wird hier beispielsweise der Spiritismus auf Korn genommen, dem sich der vor-18te Dichter später selber in die Arme warf? Richtig ist die Problemstellung sozialistisch, auf ein im Grunde schwacher Mann und eine ungemein kluge Frau zu kontrastieren werden, als wären sie besonders typische Vertreter ihrer Geschlechter. Das ist natürlich eine ganz unbillige Voraussetzung, auf der sich aber freilich, wenn man sie einmal angenommen hat, sehr schön der reichste Kampf der weltlichen Philosophie aufbauen läßt. Der ästhetische Reiz eines so willkürlich konstruierten Stücks liegt hernach in der subtilen Dialektik, bei der man freilich abzuwehrt über den Dichter selber und seine fadenklingigen Argumente lachen muß. Bezeichnend bleibt dann aber doch die fast heroische Komposition, mit der er seine fixe Idee bis zum bitteren Ende denkt, und ebenso die Gestaltungskraft, mit der er seine Figuren auf die Bühne stellt.

Das Publikum, zu Wegeners Diktion fast spärlich erschienen, hätte diesmal das Haus wölft. Dahn spricht sich natürlich noch mehr als die Entfremdung von Ehekapitel die Verwandtschaft mit Strindberg aus, will sagen, die Sentation der vorgeschrittenen Ehepartner findet ein überaus verständnisvolles Publikum. Bemerkenswert ist dabei das vorurteillose Interesse, der sachliche Klänge der Tacten gegenüber der weiblichen Komik. Vor Jahrzehnten hätten die Frauen gegen die Aufstellung eines solchen Typus der Frau demüthert. Das kommt ihnen jetzt gar nicht in den Sinn. Sind sie nicht doch zu disziplinierter dafür? Erkennen sie die Berechtigung einer solchen Zeichnung an? Oder sind sie, was ich durch ihre allzu große Uebereizung als Geschlechtswesen, zu beschreiben geworden? Wegener zeigte sich wieder als Meister auch in der Gestaltung des modernen Menschen. Die ungemene Ausdruckskraft seiner Mimik und die Fülle der charakterisierenden Züge wird gebührend durch den unerschöpflichen Reichtum des edelsten Künstlers. Durchaus aus den übrigen Darstellern den würdevollsten Rahmen. Sie sind alle zu nennen. M. Bertel-Schermann als Frau, Rinke als Frau, Wibel als Vater, Stella David als Amme, R. Brand-Witt als Tochter, Balqué als Burlesk. R. F.

Kleine Chronik.

Akademiker. Der wackere Kultusminister des Bourgeois-Sozialismus, R. Daenitz, hat der preussischen Akademie der Künste eine besondere Abteilung für Dichtkunst hinzugefügt. Auf Dichtern sollen der Regierung als Berater zur Seite stehen. Als erster ist Herr Dr. Hauptmann berufen worden. Außerlich und äußerlich wie alle Reformen der Regierungsgestaltung ist auch diese Verbesserung der Dichtkunst, mit der man noch überall die schicklichsten Erfahrungen gemacht hat. Ja, und was Hauptmann betrifft, so charakterisiert ihn, von seinen hohen und gepulsten Ansehens, das zum Kriege und zur Revolution ganz abgesehen, schon die Tatsache, daß er, der schwerelose Gesellschaftsminister, um des weiteren Gebodienens willen seine Werke nicht an Film-Unternehmungen veräußert. Das ist der wohlverdiente Goethe-Erbs für das Jahrhundert der veränderten Bourgeoisie.

Schau spielen. Das Central-Institut für neuzeitliche Körperkultur hier, Grassstr. 37, hat sich mit der Ausbildung von Lehrern für gesundheitlich-künstlerische Gymnastik. System De'larve-Stebbins, Methode Krenzler, beschäftigt, gibt am kommenden 4 Uhr im Schauspielhaus eine Vorführung in künstlerischer Färbung. Ausführende sind diplomierte Lehrerinnen der gesundheitlich-künstlerischen Gymnastik. Näheres siehe Anschlagzettel.

Umfliche Bekanntmachungen.

Säuglingsfürsorge.

Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit werden vom Rat seit mehreren Jahren in verschiedenen Stadtteilen Leipzig...

Mütterberatungsstellen

unterhalten, die von sachkundigen Ärzten geleitet werden. Der Besuch dieser Mütterberatungsstellen ist unentgeltlich und allen stillenden Müttern dringend zu empfehlen.

- 1. Heuditz, Plagmannstr. 1 (Kinderkrankenhaus), Sprechzeit: Dienstag von 4-8 Uhr nachm.
2. Gohlis, Neuhäuser Gasse 80 (4. böh. Wärgerschule), Sprechzeit: Freitag von 5-7 Uhr nachm.
3. Plagwitz, Weihenfelder Str. 13 (24. Bezirksschule), Sprechzeit: Montag von 5-7 Uhr nachm.
4. Innere Stadt, Stadthaus, Zwischengasse, Zimmer 740/48, Sprechzeit: Dienstag von 5-8 Uhr nachm.
5. Volksmarsdorf, Neuhäuser Str. 1 (17. Bezirksschule), Sprechzeit: Mittwoch von 5-8 Uhr nachm.
6. Lindenau, Dellmuthstr. 20 (Erziehungs- u. Pflegeanstalt), Sprechzeit: Donnerstag v. 5-7 Uhr nachm.
7. Schönefeld, Mat'aus, Sprechzeit: Freitag von 4-8 Uhr nachm.
8. Gonnwitz, Kornische Str. 82 (Armenhaus), Sprechzeit: Dienstag von 5-8 Uhr nachm.
9. Südlich, Liebermühlwärgerschule, Sprechzeit: Montag von 5-8 Uhr nachm.
10. Gohlis, Delitzscher Straße 110 (10. Wärgerschule), Sprechzeit: Mittwoch von 5-8 Uhr nachm.
11. Kleinzschocher, Drieskaustraße 26 (25. Bezirksschule), Sprechzeit: Dienstag von 5-8 Uhr nachm.
Der Rat der Stadt Leipzig, Jugendamt.

Geschäftszeit

ab 8. Mai 1919 von früh 9 Uhr bis nachmittags 8 Uhr, Schalterchluss um 1 Uhr.

Städtische Mehlverteilungsstelle Leipzig.

Kartoffelausgabe.

Für die Versorgungswoche vom 12. bis 18. Mai 1919 gelangen auf die Kartoffelmarken V 40/V 46 ebenso wie auf die Kartoffelmarken für Militärurlaub und Besuchsfremde fünf Pfund Kartoffeln zur Ausgabe.

Verbraucher: Anmeldung beim Kleinhändler unter Abgabe der Kartoffelmarken V 46/V 46 bis Sonnabend, den 10. Mai.

Kleinhändler: Abgabe der eingenommenen Kartoffelmarken bei der Bezugsstelle, Marktgrafenstraße 8, unter Einhaltung der für die Warenablieferung geltenden Vorschriften am Montag, dem 12. Mai.

Großhändler: Ablieferung der Kartoffelbezugsarten zum Eintausch gegen Bezugsscheine bei der Bezugsstelle, Marktgrafenstraße 8, zu den besonders bekanntgegebenen Zeiten am Mittwoch, dem 14. Mai.

Im übrigen finden die Bekanntmachungen des Rates über die Einführung des Bestellverfahrens für den Kartoffelbezug vom 19. Oktober 1918 und über den Verkehr mit Speisekartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1918 Anwendung.

Leipzig, den 6. Mai 1919. Kr.-E.-A. IV. Der Rat der Stadt Leipzig.

Großschocher-Windorf.

Impfung betr.

Die diesjährige unentgeltliche Schutzpockenimpfung findet für alle erstmalig impfpflichtigen Kinder Dienstag, den 18. Mai 1919, nachmittags 4 Uhr, in der Schule hier statt.

Impfpflichtig sind:

- a) alle im Jahre 1918 geborenen Kinder mit Ausnahme derjenigen, welche bereits der gesetzlichen Impfpflicht genügt haben;
b) die im Vorjahre impfpflichtig gewesen, aber zurückgefallen, erfolglos oder nicht geimpften Kinder.

Die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder werden hiermit aufgefordert, ihre impfpflichtigen Kinder zur Vermeidung der in § 14, Abschn. 11 des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874 angedrohten Strafen zu dem vorbezeichneten Termine dem Impfarzte vorzustellen.

Kinder aus Häusern, in denen ansteckende Krankheiten, als Masern, Scharlach, Diphtheritis und Keuchhusten herrschen, dürfen nicht in das Impfstoff gebracht werden.

Großschocher-Windorf, den 7. Mai 1919. Der Gemeindevorstand.

Sparkasse Lindenthal.

Geschäftsstelle: Gemeindevorstand, Hauptstraße 17. Zweiggeschäftsstelle: Quasitz, Gemeindevorstand.

Geschäftszeit: Werktag durchgehend von 8-1/2 Uhr, nachmittags geschlossen.

Kostenfreie Übertragung angelegter Gelder von auswärtigen Tages- und Monatskonten mit 3 1/2% Kontrollmarken. Fernsprecher 50 033. Postfach-Nr. 11 104 in Leipzig. Girokonto bei den Girokassen Leipzig, Neumarkt 85, u. Lindenthal.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8-1/2 Uhr. Gemeindeparkasse.

Oetzsch-Markkleeberg

Geschäftsstellen:

- Oetzsch: Gemeindevorstand Oetzsch, Hauptstraße 17. Markkleeberg: Rathaus Markkleeberg, 7 Min. von der Endstation.
Oetzsch: Postfach 14 000. Markkleeberg: Postfach 50 857.

Girokonto bei der Sparkasse Leipzig, Neumarkt 35. Einlegerguthaben: 12 000 000 Mark.

Zinsfuß 3 1/2%. Tägliche Verzinsung. Geschäftszeit 8-2 Uhr.

Auf Veranlassung der Zentralleitung der U. S. P. D. hat der unterzeichnete Verlag eine Broschüre herausgegeben, die populär, einfach und klar die Frage erörtert:

Was trennt uns Unabhängige von den Rechtssozialisten?

Preis 30 Pfennig.

Alle Austräger und Filialen der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Abteilung Buchhandlung - Tauchaer Str. 19/21.

Kohlenkarten

Wir bitten, die neuen Kohlenkarten für Hausbrand und Gewerbe sofort nach Erhalt bei uns anzumelden, da nur dann mit prompter Belieferung gerechnet werden kann.

Ferd. Grabau G. m. b. H., Tauchaer Str. 39. Telefon 1217.

Die neuen Kohlenkarten

erbitte bald anzumelden.

Albert Schlegler, Kleinhandlung, Kleinzschocher, Gieselerstr. 56, Telefon 40 522.

Neue Kohlen-Kunden

nimmt nach Wiederöffnung des Geschäftes nach an

H. Schlichting

Reichenhainer Straße 18c. Telefon Nr. 17404.

Die neuen Kohlenkarten

für Hausbrand, Gewerbe und Zentralheizungen bitten wir sofort nach Erhalt bei uns anzumelden.

Theodor Winkler G. m. b. H., Leipzig, Froldobahnhofer Chausseehaus, Lieferung erfolgt ab Lager und frei Haus.

Kohlen-Karten

werden geliefert von der

Kohlen-Großhandlung Eduard Brödel

Anmeldungen nehmen entgegen die Inhaber Erich Peltsch, Leipzig, Witterfelder Str. 8a, 1. Tel. 10 128, Georg Boler, Kleinzschocher, Meißner Str. 58, II.

Anmeldungen auf die neuen Kohlenarten

erbitte für neue Verkaufsstelle in Leipzig, Volksmarsdorf, Idalstraße (Holzhandlung Bächner)

Telephon: 60 175. Ernst Claus.

Bitte meine wertvolle Stundenspende und neue Kunden die neuen Kohlenkarten gleich nach Empfang bei mir anzumelden. Otto Hammer, G. m. b. H., Liebermannstraße 41 - Telefon 35 662.

Verkauf Messmuster, Sprechapparate, Mundharmonikas, Ziehharmonikas, Wiener Lauten, Gitarren, Mandolinen, Gelgen, Richter, Relochstrasse 19, I.

Makulatur-Einkauf an groß an detail! Kaufe jed. Post. Zeitungspapier, gebündelt, Platen, Stripaturen, alle Pappenabfälle, Wafdäp, Lumpen, Knochen, altes Eisen und Metalle laufe ich auch Ladungsmenge, gegen sofortige Rasse Händler Extra-Breite. Komme auswärts. Hole auch ab. Bahnhöfen zu m. Laffen. Pässler, Lützner Strasse 71. Tel. 83401. Bogislawstr. 16. Dollitzsch. St. 45. Alle Off. nach Lützner Str. 71.

Steuer-Reklamations-Formular und Briefumschlag dazu (Vordruck) zu 15 Pf. sind zu beziehen durch die Geschäftsstellen u. Austräger der Leipziger Volkszeitung.

Bettnäßen!

Befreiung von Alter u. Gehl. angeben. Auskunft unctions-Institut „Aurora“ Reichertshaus, a. l. m. 96a 0bb.

Homöop. u. Licht-Heilinstitut R. Neugebauer

akad. geb. nicht appr. Prakt. fr. an Dr. B. Schwabe's Politi., beblit. u. 30jähr. Erfahrung mit vorzüglichen Erfolgen

Geschlechts-, Haut-, Zahn-, vorz. nerv. Schwäche, Grippe, Rheuma, Migräne, Asthma, Rheumatismus, Schildd., Nier-, Magen- und Darmleiden usw.

Frauenkrankheiten, Broch., Weisheit der Frauen u. seine Bekämpf. gegen 1.80 Mf. in Briefmarken.

Promenadenstr. 11, I, Sprechz. tägl. 10-12, ferner Mont., Mittw., Freitag 8-8. Elektr. Lichtbäder mit Ultraviolet-Beleuchtung geöffnet wochent. 8-12, 2-8, für Damen 10-12, 8-6 Uhr.

Die neuen Kohlenkarten für Hausbrand, Gewerbe und Zentralheizungen bitten wir sofort nach Erhalt bei uns anzumelden. Kohlen-Brikett-Zentrale G. m. b. H., Tel. 30258, Kronprinzstr. 84, am Bayerischen Güterbahnhof

Anmeldungen auf neue Kohlenkarten und Gewerbe, erbitte Robert Otto, Leipzig-Lindenu, Uhlandstraße 27.

Darlehen gegen Bürgschaft und ratenweise Rückzahlung an hiesige Handel- und Gewerbetreibende gewährt zu billigem Zinsfuß. Leipziger Bankverein, eingetragen Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht, Burgstrasse 26.

Zahnarzt Dr. Max Meißner, Zähne, Plomben von 3 Mk. an, Auf alle bess. techn. Arbeiten 10 Jahre schriftliche Garantie für Haltbarkeit, Sprechzeit 8-7 Uhr, Sonntags 9-2 Uhr, Reparatur z. z. z. Kautschukpl. 3 Mk. schnellstens. Dorotheenplatz Ecke Reichelsb.

Möbel, Grosse Auswahl in bürgerlichen und vornehmen Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Solide Preise. Gediegene Arbeit. Besichtigung erbeten. Josef Hirsch, Zeitzer Str. 6b.

Hennigsons Edelfluid (pat. gesch.) allerwirksamstes Mittel geg. Kopfläuse, Flasche 1.50 Mf., Engel-Apothek, Markt, Hof-Apothek, Hainstrasse, Max Berger, Königspl., Carl Klose, Sanitätsartikel, Hainstr. 17 19.

Für die vielen anlässlich unserer SILBERHOCHZEIT erwiesenen Ehrungen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Arbeitskollegen der Umladehalle Wahren und dem Arbeiter-Männer-Gesangverein Sängerlust unseren herzlichsten Dank. Lindenthal, den 30. April 1919. Gustav Heinze und Frau.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem plötzlichen Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin u. Tante, Frau Berta Klaus geb. Meyer sage ich allen Verwandten und Bekannten, welche mir mit Trost zur Seite standen, meinen besten Dank. E.-Stillerig, den 7. Mai 1919. Johann Klaus im Namen sämtl. Hinterbliebenen.

Nach langem, schweren Leiden verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin, Frau Luise Salbach. Dies geht tiefbetriibt an E.-Stillerhausen, den 6. Mai 1919. Wilh. Salbach nebst Kindern u. Angeh.

Räteystem, Diktatur des Proletariats und Sozialismus.

F. P. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung ist in die entscheidende Phase getreten, in der sich unter den heftigsten Erschütterungen der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht. Die sich mehr und mehr zuspitzenden Gegensätze drängen unabwendbar zur Entscheidung. Das revolutionäre Proletariat bietet alle Kräfte und Mittel auf, es bringt neue Formen und Waffen in dem politischen Freiheitskampf zur Anwendung, um sich den Endsieg zu sichern.

Das Räteystem und die Diktatur des Proletariats, auf dem Parteitag der U. S. P. D. zum Programm der Partei erhoben, sind die neuen Formen und Waffen des proletarischen Klassenkampfes; nicht aus künstlich erzeugtem Wortradikalismus entstanden, sondern aus den brennenden Tagesfragen als das Gebot der Stunde. Das Schwergewicht liegt zweifellos auf der Diktatur des Proletariats, während das Räteystem lediglich ein Mittel zur Erreichung und Festigung dieses Zieles ist.

Versuchen wir, uns klarzumachen, was unter der Diktatur des Proletariats zu verstehen ist. Hat die U. S. P. D. mit dieser Beschlusfassung den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus verlassen? Die Apologeten des Kapitals und die rechtssozialistischen Renegaten lassen natürlich kein Mittel unversucht, uns mit dem Bolschewismus und Anarchismus in einen Topf zu werfen. Die Verdrehungskünste der Rechtssozialisten beweisen natürlich nur, wie weit sie sich von den wahren sozialistischen Grundfahnen schon entfernt haben. Denn die Diktatur des Proletariats ist eine alte Forderung des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, zu der sich dessen Begründer Marx und Engels oft und nachdrücklich bekennt.

Was die sozialdemokratische Partei seit dem Fall des Sozialistengesetzes, seit dem Erfurter Programm theoretisch und praktisch leistete, war allzusehr auf eine lange reformistische Gegenwartsarbeit eingestellt, trug von Anfang an in sich die Keime des widerwärtigen Opportunismus, dessen Welken heute blüht; es trug nicht dazu bei, Klarheit in die Köpfe zu bringen über die Kardinalfrage der letzten Machteroberung, sondern man bemühte sich redlich, um den springenden Punkt herumzureden. Alles was in der Kriegszeit und während der Revolution an sozialistischen Irrungen und an offenem Verrat geleistet worden ist, hat seine eigentliche Ursache in dem Verhalten der Partei seit dem letzten Vierteljahrhundert.

Marx und Engels haben nie ein Fehl daraus gemacht, daß der letzte große Waffengang zwischen Bourgeoisie und Proletariat enden muß mit der Diktatur des letzteren, einer Diktatur freilich, die von der des bürgerlichen Klassenstaates sich darin unterscheidet, daß sie als bewußter Willensausdruck der großen Masse die wirkliche Demokratie verkörpert. Waren alle bisherigen Bewegungen solche von Minoritäten, der im Interesse von Minoritäten, so ist die proletarische Bewegung die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Mit diesem Satz stehen wir schon mitten im kommunistischen Manifest, worin unsere Armeekämpfer tiefste Wissenschaftlichkeit mit revolutionärer Tatbereitschaft verbanden, dessen politische Grundgedanken heute so aktuell sind wie am Tage ihrer Niederschrift; Marx und Engels ziehen die letzten Konsequenzen aus dem weltgeschichtlichen Ringen zwischen der niederziehenden und der aufsteigenden Klasse:

„Wir sehen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erlämpfung der Demokratie ist.“

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des herrschenden Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu verzeichnen.

Es kann dies natürlich zunächst nur gelingen durch mittelbare Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinauswachsen und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“

Hier haben wir klipp und klar das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats, sowie die Enthüllung ihres epochenmachenden Wesens, das auf Grund des Mehrheitswillens einschlägt in unverfälschte Demokratie. Und zu diesem Grundsatz haben sich Marx und Engels bei jeder späteren passenden Gelegenheit bekannt.

Die Pariser Kommune von 1871 war trotz aller Mängel die praktische Ausführung der proletarischen Diktatur. In keiner Schrift der Bürgerkrieg in Frankreich hat Marx die Bewegungen und Gesetze der Kommune analysiert. „Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich in die politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ Die proletarische Regierung ist also „die endlich entdeckte politische Form“ zur wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse.

Rühmlich bekannt ist die scharfe Kritik, die Marx und Engels an den Halbheiten des Gothaer Einigungsprogramms übten; beide benutzten die sich bietende Gelegenheit, die Grundformen bloßzulegen, die der proletarische Klassenkampf in der Entscheidungsperiode annehmen muß. Marx schreibt u. a. an Engels:

„Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die

andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Und in seinem Brief an Bedel führt Engels aus:

„Solange das Proletariat (nachdem es die politische Macht erobert hat) den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern zur Niederschaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

An der prägnanten Fassung dieser Sätze prallt jede Umdeutungslust ab; sie sind geschrieben zu dem Zweck, das um jene Zeit von kleinbürgerlichem Geist erfüllte Programm der deutschen Sozialdemokratie wieder mit dem revolutionären Sozialismus zu erfüllen.

Engels hat sich noch einmal gelegentlich des Entwurfs zum Erfurter Programm zu der Frage geäußert; er übt herbe Kritik an dem damals schon beginnenden Opportunismus, wendet sich scharf gegen die verwirrende, selbsttäuschende Illusionspolitik und fährt dann fort:

„Das Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, die Kräfte und Kräfte nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehrlich“ gemeint sein aber Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.“

Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Herrschaft der demokratischen Republik. Die U. S. P. D. ist für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat.“

Die demokratische Republik ist also eine Etappe auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats. Denn die demokratische Republik, die das ausbeuterische Kapitalverhältnis nicht antastet, treibt kraft ihrer inneren Dialektik zu der höchsten und letzten Stufe des Klassenkampfes. Hätte Engels die demokratische Republik als die gegebene Form zur Bewirklichung des Sozialismus angesehen, so wäre die folgende Wendung: Diktatur des Proletariats ganz sinnlos.

Es stimmt ja auch mit allen früheren Äußerungen von Engels und Marx überein, daß zwischen der demokratischen Republik, d. h. der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und dem Sozialismus die Periode der revolutionären Umwälzung, die Diktatur des Proletariats liegt.

Die notwendigen Grenzen des demokratischen Parlamentarismus haben die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus wohl erkannt und aufgedeckt; Marx kennzeichnet ihn in seinem Bürgerkrieg in Frankreich als die samische Einrichtung, die den geknechteten Massen in bestimmten Zeitabständen Gelegenheit gibt, zu entscheiden, welche Vertreter der herrschenden Klasse sie vor- oder zurücktreten sollen, und Engels bezeichnet das allgemeine Wahlrecht als den Grabmesser für die Reife des Proletariats. Mehr kann und wird es im heutigen Staat in der Tat nicht sein.

Der tragische Verlauf der deutschen Revolution hat die Richtigkeit dieser Ansichten vollumfänglich bestätigt. Die Nationalkommission zu Weimar hat die Revolution benutzt zur Zerkleinerung des Klassenkampfes zwischen „demokratischer“ kapitalistischer Reaktion und proletarisch-sozialistischem Volkstum. In diesem Zeichen, mit dieser Waffe aus der Kistkammer des wissenschaftlichen Sozialismus wird die geschlossene proletarische Kampftruppe alle Zwangsbürgen des Kapitalismus fürmen!

Aus der Umgebung Leipzigs.

Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins U. S. P. D. für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt 1918/19.

Die zu leistende Arbeit auf dem Gebiet der Agitation und Organisation sowie Korrespondenz seit dem Ausbruch der Revolution hatte einen derartigen Umfang angenommen, daß in Merseburg ein Zentralwahlkomitee errichtet werden mußte. Die Wahlen zur Deutschen und Preussischen Nationalversammlung haben uns einen herrlichen Sieg gebracht. Die geleistete Arbeit hat sich gut bezahlt gemacht. Der Wahlbezirk Halle-Merseburg hat sich zur Hochburg der U. S. P. herausgearbeitet. Von 607 818 abgegebenen Stimmen bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung erhielt die U. S. P. in unserem Bezirk 204 847 Stimmen und 5 Abgeordnete, und zur Preussischen Nationalwahl 8 Abgeordnete. Bei den gleich darauffolgenden Gemeinderatswahlen war wiederum der Sieg auf Seiten der U. S. P.

Wir zählen jetzt 562 (46 im Vorjahre) unserer Partei angehörende Gemeindevorsteher und 81 (7 i. V.) Stadtverordnete. In 57 Orten besteht eine sozialdemokratische Mehrheit in den Gemeinderäten.

Nachdem die Revolution die Presse gesprengt hatte, setzten wir in fast allen Orten mit einer lebhaften Agitation und Organisation ein. Wir haben auf diesem Gebiet einen großen Erfolg zu verzeichnen. Im vorjährigen Bericht teilten wir mit, daß, infolge der beim Militär befindlichen, 2401 Mitglieder vorhanden waren. Heute zählt unsere Kreisorganisation 8155 männliche und 2800 weibliche Mitglieder, zusammen also 10 955. Das Zentralkomitee organisiert nicht weniger als 97 Wahlversammlungen, 32 zu Gemeinderatswahlen und 10 Franzosenversammlungen, insgesamt 145 Versammlungen. Wesentliche Versammlungen fanden im Kreise im Berichtsjahre 252 und Mitgliederversammlungen 168 statt. Eine der schwierigsten Aufgaben war die Referentenvermittlung. Wir wissen, daß manche Distrikte in dieser Frage nicht bedient worden sind, bitten aber, bei der Kritik den herrschenden Referentenmangel berücksichtigen zu wollen.

Die ganze Agitationsarbeit hatte sehr unter den ungünstigen Bahnerverhältnissen zu leiden. Das Wahlmaterial mußte fast durchweg persönlich von der Bezirksleitung abgeholt werden. Hierdurch entstanden naturgemäß hohe Unkosten. Die tätigen Genossen haben aber alle diese Schwierigkeiten gut überwunden und gebührt denselben unser Dank. Genau wie die Agitation hatte auch die Organisation vollen Erfolg. Die Zahl der Distrikte ist von 18 im Vorjahre auf 40 gestiegen, deren Mitglieder sich auf 211 (82 i. V.) Orte verteilen. Die sozialistische Idee hat fast in allen Orten unseres Kreises festen Fuß gefaßt. Überall herrscht reges Leben. Unbedingt notwendig er-

fordert es, das Hauptaugenmerk auf Agitation unter den Frauen zu legen. Um bei den Frauen das Interesse für den Sozialismus zu wecken, ist es zweckmäßig, mehr Genossinnen zur Besetzung der Kreise heranzuziehen. Leider befinden sich nur 11 Genossinnen in den Distriktsleitungen. Gewerkschaftsmitglieder sind 2421 vorhanden. Dieses bedeutet gegen das Vorjahr eine ganz enorme Zunahme. Auch in den Kreisen der Landwirtschaftlichen Arbeiter ist die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation erkannt worden. Zum erstenmal können wir berichten, daß in 24 Orten eine gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter besteht. Die Gewerkschaft zählt 1625 Mitglieder. Mit dem Wachstum unserer Parteiorganisation ist auch die Zersplitterung der Parteipresse gestiegen. Das halbjährliche Volksblatt hat die anfängliche Höhe von 7662 erreicht, dieses bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 5011 Abonnenten. Andere Parteizeitungen, meistens Leipziger Volkszeitung, werden 1919 gelesen. Die Bildungsausschüsse sind 4 und Jugendauschüsse 6 vorhanden. Mitglieder zählt die Jugendorganisation 408. Auf diesem Gebiet muß große Arbeit geleistet werden.

Daß mit dem Wachstum der Organisation auch die geschäftlichen Arbeiten gestiegen sind, geht aus dem folgenden Bericht des Parteisekretariats klar hervor.

Partei- und Arbeiterssekretariat. Infolge der Umwälzung ist naturgemäß auch die Tätigkeit im Parteisekretariat eine reichhaltigere gewesen als im Vorjahr. Im Vorjahre waren zu verzeichnen 984 gegen 200 im Vorjahre, an Postausgängen 1748 (i. V. 700). Infolge der Revolution und der dadurch notwendig gewordenen Wahlen zur Deutschen und Preussischen Nationalversammlung war die zu erledigende Arbeit eine so enorme geworden, daß der am 20. 12. 18 in Merseburg stattgefundene Kreisrat einstimmig beschloß, den Kreisvorsitzenden Genossen Heibler mit der Leitung des Sekretariats zu betrauen. Es hat sich bestätigt, daß dieser Beschluß sehr glücklich und nützlich gewesen ist. Es wäre ganz unannehmlich gewesen, diese Arbeit nur durch eine Person erledigen zu lassen. Es muß an dieser Stelle hervorgehoben werden, daß der Parteisekretär Genosse Zänker auf die Kassenbuchführung des Distrikts Bestands mit-erledigt hat.

Auch die Arbeiten im Arbeiterssekretariat, welche der Parteisekretär miterledigt hat, nahmen im Berichtsjahr ganz gewaltig zu.

Das Sekretariat wurde von 905 (402) Personen in Anspruch genommen, an welche in 840 (207 i. V.) Fällen Auskunft erteilt wurde. Wiederholte Besuche machten sich 80 (40) notwendig, so daß im ganzen 684 (341) Besuche zu verzeichnen sind. Zeitschriften wurden 281 (246 i. V.) anverleihen.

Zum Kassenbericht bemerken wir, daß in demselben die Kassenbuchführung noch nicht zur Geltung kommt, da sich derselbe über das 4. Quartal des Vorjahres und auf das 3. Quartal des Berichtsjahres erstreckt. Unsere Finanzlage ist als günstig zu bezeichnen. Trotz der Zinsverlusten und der an den Bezirk überwiesenen 1000 M. ist ein Vermögenbestand von 6463,05 M. zu verzeichnen.

Horstorf, Elternabend. Am dem am 3. April in der Schulruhhalle stattgefundenen Elternabend hielt Herr Lehner Reden über einen sehr interessanten Vortrag über die Volksschule. In der Debatte hierzu sprachen verschiedene Redner in seinem Sinne. Die Wahl eines Elternvereins in der Schulruhhalle führte zu einer längeren Aussprache. Genosse Kunze hatte in einer Schulruhhalle eine Anrede gehalten, wie in verschiedenen anderen Orten, einen Lehrer und einen Vertreter der Eltern aus der Einwohnerschaft in den Schulruhhalle aufzunehmen sowie öffentliche Sitzungen des Schulruhhalle einzuführen. Letzteres wurde abgelehnt, während ein Lehrer sowie ein Vertreter der Eltern als beratende Mitglieder zugezogen werden sollten. Hierzu sollte ein Elternabend Stellung nehmen. In der Debatte hierzu wurde zum Ausdruck gebracht, daß man nicht gewillt ist, sich nur als beratendes Mitglied zu betrachten. Herr Lehner hoffte, daß der Antrag, diesen Punkt heute von der Tagesordnung zu streichen, bis der Schulruhhalle seinen gelassenen Beschluß umschließt und den Vertretern der Lehrer und Eltern Sitz und Stimme gibt. Dieser Antrag soll als Protest gegen den Beschluß des Schulruhhalle gelten. Herr Penzschel, Mitglied des Schulruhhalle, sprach gegen die Forderungen der Lehrer, welche ein Verbot wegen Herabsetzung der Pflichtstunden von 82 auf 80 Stunden und wegen einer neuen Lehrkraft eingeleitet hatten. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, recht bald den nächsten Elternabend einzuberufen, um die Eltern mit der Schule mehr in Fühlung zu bringen.

Horstorf, Strickwolle. Der Gemeinde steht ein kleiner Posten Strickwolle zur Verfügung. Es sollen sich nur arme Kinderreiche Familien im Gemeindefonds melden.

Enftra. Mitgliederversammlung. Der Ortsverein Enftra hielt am 3. Mai seine Mitgliederversammlung ab. Es wurde Bericht von der Vorstandsführung vom 12. April und von der Generalversammlung vom 27. April gegeben. Genosse Pfau gab Bericht von der letzten Gemeindevorstand- und Schulruhhalleführung. Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß die Versammlungszeit eingehalten wird.

Zwenkau. Ortsvereinsversammlung. Bibliothek. Genosse Körner gibt den Bericht über die Generalversammlung des Bezirks, während Genosse Schubert die Abrechnung und den Bericht über die Kreisarbeit vorliest. An Stelle des versagten 2. Vorsitzenden, Gen. Kiska, wird Genosse Käthe gewählt. Den Vorkosten des Bezirks übernimmt an Stelle des erkrankten Genossen Steinhardt Genosse Martin. Es wird beschloffen, das Agitationskomitee zu vergrößern, und werden die Genossen Binder, und die Genossen Weidert und Goetz neugewählt. Anträge über Jugendheim, Bibliothek und Jugendkassen werden angenommen resp. dem Vorstande befürwortend überwiesen. Anschließend kann noch einige Punkte über die Tätigkeit des Stadtverordnetenausschusses zur Sprache kommen.

Die Bibliothek des Zwenkauer Ortsvereins ist abgibt jeden Mittwoch, abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Die Ausgabe ist im Konsumverein (Wärderei), Eingang im Hof, 1 Treppenhöhe. Die während des Krieges ausgegebenen Bücher müssen bis Mittwoch, den 7. Mai, zurückgegeben sein. Die Benutzung der Bibliothek ist gegen Vorzeihen des Partei- oder Gewerkschaftsbüchereis unentgeltlich. Reichhaltige Unterhaltungslektüre, Jugendbücher sowie Bücher der Sozialpolitik und Gewerkschaftsbewegung stehen zur Verfügung.

Proletarier! Zeichnet euer Scherlein auf unseren Sammel-Listen! Sammelt Geld für Organisation und Presse!

Wildunger Helenerquelle

bei Nierenleiden, Harnsäure, Zucker, Eiweiß

Echtes Wildunger Salz existiert nicht. — Man melde im eigenen Interesse die wertlosen Nachahmungen Fürstliche Wildunger Mineralquellen, A.-G., Bad Wildungen — Schriften kostenfrei

Niederlage bei C. G. Loessner & Sohn, Löwenapotheke und Samuel Ritter

1918: Besuch 11 508
1918: Flaschenversand 1,370,822

